

**Helmut Gelhardt, KAB OV Engers-Mülhofen,
Sprecher 'Gerechter Welthandel' der KAB DV Trier und KAB LV RLP
23. Juni 2022**

Ökosozialistische-Befreiungstheologische Allianz

Versuch der Bildung eines Extraktes, einer Essenz über die Thematik:

Sozial-ökologische Transformation schon im Kapitalismus auf der Basis der Wirtschaftsdemokratie und Vollendung der Sozial-ökologischen Transformation im Ziel des Ökosozialismus - unter Berücksichtigung von Ansätzen der Befreiungstheologie und verwandten Theologien und Konzepten, welche die Soziale Gerechtigkeit, die Solidarität und das Ökologische / die Bewahrung der Schöpfung als untrennbare Einheit bearbeiten.

Teil 1

Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie

- Konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative ? -

A) Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

I. Wir befinden uns in einem 'globalen Ozean' des Kapitalismus - in der Ausprägung des Neoliberalismus (= markttextremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem 11.09.1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus) durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem Datum wurde im Chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“) der neoliberale / angebotsorientierte / monetaristische Kapitalismus erprobt - unter Ablösung / Verwerfung des Keynesianismus/Links-Keynesianismus.

Seit Ende der 1970'er / Anfang der 1980'er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA) / „Thatcherismus“ (GB) - in deren Folge die „Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten *F r e i h a n d e l s*, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im „Washington-Konsensus“, nur eins bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine *U m v e r t e i l u n g* der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig 'Kapitalismus' ? - dieses System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend als 'Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist' bezeichnet wird?

Die Ungerechtigkeit - die lähmende Krankheit an der gelitten wird - hat den konkreten Namen *K a p i t a l i s m u s*. Dem Kapitalismus (und das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts-/Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),

(exponentielles) Wachstum als *u n u m g e h b a r e r* Wachstumsimperativ,

Profitmaximierung,

Kapitalakkumulation,

Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen,

hemungsloser bis unumkehrbarer Natur-/Umweltverbrauch (Ressourcenverbrauch),
völlige Überlastung der Schadstoffaufnahmesysteme (Schadstoffaufnahmesenken).

(Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine *a b s o l u t e* Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).)

Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise "eingeschrieben", auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.

Papst Franziskus sagt es in *Fratelli tutti* (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem *W i r t s c h a f t s m o d e l l*, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuworfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“

III. Teilaspekte zur realen Situation der Bereiche und Begriffe:

A r b e i t / L o h n / W a c h s t u m (Gegen Begriffsverwirrung)

Zum Lohn an sich

Vielfach wird der 'gerechte Lohn' eingefordert. Dies ist eine moralische/sittliche Forderung, die 'Anständigkeit' erfordert. Im Kapitalismus kann es systemimmanent aber keinen 'gerechten Lohn' geben. Dieser wird verhindert durch die kapitalistischen Zwangselemente Konkurrenz, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Der kapitalistische Zwang zur Profitmaximierung (Gewinnmaximierung) und Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) hat unabwendbar notwendig auch die **Ausbeutung** der menschlichen Arbeitskraft zum Gegenstand. Kapitalistisch-betriebswirtschaftlich ist Arbeitslohn **Aufwand**. Aus der Gegenüberstellung von Aufwand und **Ertrag** (=erzielter Erlös für das veräußerte Produkt/Ware) in der Ergebnisrechnung/Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ergibt sich der periodische Gewinn = Profit oder Verlust. Je **höher** der Aufwand (hier Arbeitslohn), desto geringer der Profit / desto **höher** der

*Verlust - desto **niedriger** die Kapitalakkumulation! Oder: Je **größer** die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, desto **geringer** der Lohn / desto **geringer** der Aufwand / desto **höher** der Profit / desto **mehr** Kapitalakkumulation! Im Kapitalismus kann es daher nur einen Lohn geben, der einem 'gerechten Lohn' graduell mehr oder weniger *a n g e n ä h e r t* ist, weil eine graduell größere oder kleinere Ausbeutung stattfindet. Kapitalismus kann wesensmäßig **niemals** ausbeutungsfrei sein!*

Insgesamt zur Arbeit und zum Lohn

- Fakten und Forderungen aus der Praxis an die Realpolitik -

a)

Verteilungsgerechtigkeit bei Vermögen und Einkommen:

1.

Die reichsten 45 Haushalte in Deutschland besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen.

2.

Drei Viertel der Beschäftigten haben **w e n i g e r** als das rechnerische monatliche Durchschnitts **e i n k o m m e n** zur Verfügung. Während das **e i n e** Prozent der Top-Verdienenden pro Person oft auf rund **5.900 Euro netto** im Monat kommt (und sich bei einigen hin zu monatlichen Millionen-Einkommen erstreckt (Stand: 2016)).

3.

In kaum einem europäischen Land werden die Menschen im Dienstleistungsbereich so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Aber auch in der Industrie bekommen **Millionen prekär Beschäftigte oder Arbeiter*innen** in klein- und mittelständischen Betrieben **w e n i g e r** als den monatlichen rechnerischen Durchschnittslohn.

4.

Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt **20 Prozent weniger** als Männer. Im Laufe ihres gesamten Lebens vergrößert sich diese Kluft auf über **30 Prozent**, weil Frauen weiterhin **den Großteil der unbezahlten S o r g e a r b e i t** in den Familien und Beziehungen übernehmen, öfter in Teilzeit arbeiten und ihre Berufstätigkeit für Kindererziehung und Pflege phasenweise einschränken. Alleinerziehende und ältere Frauen gehören zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in der Gesellschaft. Es sind insbesondere die Arbeiterinnen im Dienstleistungssektor, die jeden Tag erfahren, was Doppel- und Dreifachbelastung mit zu wenig Lohn bedeutet. Ihre für die Gesellschaft so wichtige und wertvolle Arbeit wird kaum anerkannt.

F o r d e r u n g e n:

Es muss unverzüglich Realität werden, dass diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum mit ihrer Arbeit schaffen und die Gesellschaft jeden Tag am Laufen halten, ein deutlich besseres Leben erhalten.

Die **L o h n s p r e i z u n g** muss relevant kleiner werden.

Erforderlich ist die Zahlung von deutlich höheren Löhnen am unteren Ende der Lohnskala.

Gleichwertige Bezahlung von Frauen und Männern muss Pflicht sein.

b)

Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft:

Das deutsche „Exportwunder“ beruht nicht nur auf zu niedrigen Löhnen und massivem Arbeitsdruck in der Industrie, sondern auch auf der systematischen Abwertung von Dienstleistungsarbeit.

Forderungen:

Prekärer Arbeit, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Benachteiligungen von Migrant*innen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Löhne der heute weit unterdurchschnittlich bezahlten unteren Hälfte der Beschäftigten müssen relevant steigen. Der **ar m u t s f e s t e** Mindestlohn muss umgehend auf derzeit wenigstens **13,69 Euro** festgesetzt werden (= 60 % des **D u r c h s c h n i t t s e i n k o m m e n s**) - ausnahmslos!

(Altersarmut (insbesondere bei lebenslanger Arbeit) darf es in einem der reichsten Länder der Welt nicht geben. Altersarmut ist unmoralisch, menschenverachtend!)

Tarifverträge müssen flächendeckend und für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Prekäre Arbeitsverträge tragen zu **L o h n d u m p i n g** bei. Deshalb ist Leiharbeit abzuschaffen. Im ersten Schritt müssen Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage erhalten.

Befristungen und Werkverträge sind auf wenige sachliche Ausnahmen zu beschränken. Für Werkvertragskräfte muss der Tarifvertrag des Kernbetriebs gelten.

c)

Arbeit umverteilen:

Viele Verkäufer*innen oder Reinigungskräfte erhalten unfreiwillig nur Minijobs oder 15-Stunden-Verträge.

Alleinerziehende können oft gar nicht anders, als in Teilzeit zu arbeiten. Gleichzeitig arbeiten immer mehr Beschäftigte regelmäßig länger als **48 Stunden**.

Knapp zwei Milliarden Überstunden haben die Beschäftigten **2019** geleistet, die **Hälfte** davon **unbezahlt!**

Personalmangel und Dauerstress sind in vielen Bereichen zum Normalzustand geworden (z.B. in der Alten- und Krankenpflege). Auch deshalb verkürzen immer mehr Menschen ihre Arbeitszeit in Richtung einer **30-Stunden-Woche**. Allerdings endet Teilzeit unter den herrschenden Bedingungen oft in Altersarmut. Wer knapp über dem aktuellen Mindestlohn verdient und steigende Mieten zahlen muss, kann sich eine Verkürzung der Arbeitszeit schlicht **nicht leisten!**

Andererseits:

Die Arbeit ist längst so **produktiv** und unsere Gesellschaft so **reich**, dass ein neues Verhältnis von **Arbeit** und **Leben** möglich ist.

In Deutschland erleben wir einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist. Ein Renten-niveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt. Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tariffucht grassiert. Durch Tariffucht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die Allerletzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Papst Franziskus weist in Fratelli tutti (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“ Und dann stellt Franziskus einen Zusammenhang her, der uns alle sehr nachdenklich machen muss: „Die Aussonderung nimmt zudem abscheuliche Formen an, die wir alle als überwunden glaubten, wie etwa der Rassismus, der verborgen ist und immer wieder neu zum Vorschein kommt. Die verschiedenen Ausprägungen des Rassismus erfüllen uns erneut mit Scham, denn sie zeigen, dass die vermeintlichen Fortschritte der Gesellschaft nicht so real und ein für alle Mal abgesichert sind.“

Zum Wachstum

Wachstumsimperativ des Kapitalismus, Imperiale Lebensweise oder Wohlstand ohne Wachstum

Wachstumsimperativ / Exponentielles Wachstum

Der Sozialgeograf David Harvey ist davon überzeugt: „Dem Kapital geht es immer um Wachstum, und es wächst notwendigerweise exponentiell.“ (Harvey, Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, 2015, Ullstein) Das Wachstum beschleunigt also immer schneller. Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politische Wissenschaft (verstorben am 1. Mai 2018), stellt fest: „In der Zeit von 1820 bis 1998 jedoch verzehnfachte (im Vergleich mit der langen Dauer seit dem Beginn unserer Zeitrechnung) oder verfünffachte (im Vergleich mit den Raten im 18. Jahrhundert) sich das reale jahresdurchschnittliche Wachstum auf 2,21 % (Maddison 2001). Das war spektakulär (...). Denn quantitative Wachstumsraten von mehr als 2 % bedeuten einen qualitativen Wandel von unerhörtem Ausmaß, nämlich eine Verdoppelung des Sozialprodukts pro Kopf alle 35 bis 40 Jahre. (...) Der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern hat sich seit der industriellen Revolution außerordentlich verbessert; Unterernährung und Hunger sind verschwunden - zumindest in Europa in friedlichen Zeiten. (Altvater, 2015, Engels neu entdecken, VSA-Verlag) Altvater weist jedoch zweifelsfrei darauf hin, dass der Wohlstand zwar mit dem Wachstum wächst,

aber höchst ungleich verteilt wird und dass es erforderlich ist, die Schäden des Wachstums für die Natur/Umwelt einzudämmen. „Wenn produziert wird fallen nicht nur Späne. Da können ganze Biotope ausgelöscht, Flüsse vergiftet, Bergkuppen weggesprengt oder die Atmosphäre mit Treibhausgasen überlastet werden. Die Herstellung von Gebrauchswert ist unweigerlich mit der Produktion von Abfällen verbunden.“ Michael Kopatz, wissenschaftlicher Projektleiter im Wuppertalinstitut, erklärt: „Unsere Wachstumslogik stellt das Nachhaltigkeitspostulat grundsätzlich in Frage. Um für beständiges Wirtschaftswachstum zu sorgen, subventionieren wir vieles, das problematisch oder schädlich ist, wie Massentierhaltung, Flugverkehr, Diesel und Dienstwagen. Selbst die Klimaverhandlungen scheiterten über viele Jahre letztlich am Wachstumsdogma: Die Vertreter aller Nationen hatten schlichtweg Angst, eine entschlossene Klimapolitik könne ihr Wirtschaftswachstum gefährden. Während ärmere Länder dabei auf ihren Entwicklungsbedarf für eine Befreiung aus der Armut verweisen, steht bei den Industrieländern die Annahme im Vordergrund, durch ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt lasse sich das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, zumindest jedoch die Zahl der Arbeitsplätze stabilisieren. Fakt ist (Harvey): „Eine kapitalistische Wirtschaft mit Nullwachstum ist ein logischer Widerspruch. Sie ist einfach unmöglich. Nullwachstum führt immer in eine Krise des Kapitals.“

Die hochwichtige, entscheidende Frage ist, lassen sich die ökologischen Herausforderungen bzw. die Vermeidung von grässlichen Umweltschäden allein mit neuen Technologien bewältigen? Ist also grüner Kapitalismus / grünes Wachstum in der Lage, die globalen existenziellen ökologischen Anforderungen zu erfüllen? Kopatz: „Durch die diffuse Perspektive „grünes Wachstum“ geben sich zu viele Menschen der Illusion hin, dass es keiner absoluten Grenzen bedarf. Das ist eine fatale Fehleinschätzung, die leider gesellschaftlicher Mainstream ist.“

Der wesensmäßige Wachstumszwang im Kapitalismus, verbunden mit der innewohnenden/ unentrinnbaren Konkurrenzsituation zwischen den Kapitalisten, die bei 'Strafe des Untergangs' zur Profitmaximierung und Kapitalanhäufung systemisch verdammt sind - und der sich daraus sklavisches ergebende Ressourcen-/ Natur-/ Umweltverbrauch - kann mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit letztlich nicht kompatibel sein!

Imperiale Lebensweise

Der kapitalistische Wachstumsbefehl führt auf kurzem Wege zur imperialen Lebensweise. Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen haben die von ihnen identifizierte Imperiale Lebensweise in ihrem vielbeachteten Buch (gleichen Titels / oekom verlag, 2017) sehr eingehend thematisiert. Laut Brand/Wissen beinhaltet die imperiale Lebensweise ihrem Wesen nach die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft - mit anderen Worten: auf ein „Außen“ - im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weni-

ger diese anderen aber dazu bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf angewiesen sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren. Aus welchen sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftigen Gründen sollte der globale Süden mit seinen Ressourcen die verschwenderische Lebensweise des globalen Nordens ermöglichen?

Eingeschlossen in die Kritik von Brand/Wissen ist gleichfalls die „Externalisierungsgesellschaft“ (nach außen verlagern, abwälzen), welche Brand/Wissen in erster Linie durch die reichen Gesellschaften des globalen Nordens verkörpert sehen, die den globalen Süden/die südliche Peripherie nicht lediglich in menschlicher Arbeitskraft ausbeuten, sondern auch die dortige Natur/Umwelt gnaden- und skrupellos gebrauchen, missbrauchen, verheeren, ausbeuten. Stichworte sind: Landraub, Extraktionsökonomie (Bodenschätze außer Landes schaffen), Benutzung des globalen Südens als „Mülldeponie“ des globalen Nordens. Der globale Norden lagert permanent negative Effekte aus.

Wohlstand ohne Wachstum

Viele Menschen auf der Welt teilen die Analyse, dass das derzeitige Modell unseres Wirtschaftens - das Modell des Neoliberalismus - keine Zukunft haben kann. Wirtschaftswachstum, wie wir es bisher kennen, ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Durch unsere bisherigen Produktions- und Konsummuster verbrauchen wir zu viele Ressourcen, heizen das Klima an und zerstören kontinuierlich Ökosysteme. Mit technischem Fortschritt können wir zwar die Arbeitsproduktivität und auch die Ressourceneffizienz erhöhen. Doch soll das nicht in massenhafter Arbeitslosigkeit und in einer Rezessionsspirale enden, braucht es im gegenwärtigen real existierenden Neoliberalismus Wachstum und Massenkonsum. Wir müssen also Auswege aus der Wachstumsfalle suchen. Renommiertere Ökonomen bestreiten jedoch das Gegebensein einer Wachstumsfalle und setzen auf die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcen- und Materialverbrauch. Wachstum in Frage zu stellen gilt als Akt von Wahnsinnigen, Idealisten und Umstürzern. (Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, oekom verlag, 2017 (Das Update)). Entkopplung steht dabei für effizientere Produktionsprozesse; nachhaltigere Güter und Dienstleistungen; mehr Ertrag aus weniger Material; intelligentes Wachstum (smart growth); grünes Wachstum (green growth); nachhaltiges Wachstum (sustainable growth). Aber - es ist zwingend zwischen relativer und absoluter Entkopplung zu unterscheiden! Relative Entkopplung bezeichnet jede Art von Abnahme der Materialintensität (oder Emissionsintensität) der Wirtschaftsleistung. Sie deutet auf eine Effizienzverbesserung in der Wirtschaft hin, besagt aber nicht notwendigerweise, dass wir insgesamt weniger Material verbrauchen (oder weniger Schadstoffe emittieren). Mit absoluter Entkopplung wird die Situation bezeichnet, in der der Ressourcenverbrauch (oder die Emissionen) in absoluten Zahlen abnimmt, während die Wirtschaftsleistung weiterhin steigt. Es versteht sich

von selbst, dass wir in den meisten Fällen absolute Entkopplung brauchen, wenn wir die ökologischen Grenzen einhalten, Ressourcenknappheit vermeiden und dem Wachstumsdilemma entkommen wollen (Jackson, 2017). Unbestritten ist, dass relative Entkopplung möglich ist und auch faktisch stattfindet. Die Menge an Primärenergie, die für jede produzierte Einheit der weltweiten Wirtschaftsleistung benötigt wird, ist in den letzten fünfzig Jahren mehr oder weniger kontinuierlich gesunken. Die globale „Energieintensität“ liegt heute um fast 25 Prozent unter der des Jahres 1980. Mit anderen Worten: Die weltweite Energieeffizienz hat sich durchschnittlich um ein Drittel erhöht (Jackson, 2017). Letztendlich entscheidend ist jedoch nicht die relative, sondern die absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/der Emissionen vom Wirtschaftswachstum. Betrachten wir das Paradebeispiel CO₂-Emissionen: Der erfolgte Fortschritt hinsichtlich der relativen Entkopplung bei der Kohlenstoffintensität ist ganz einfach vom Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung (absolutes Niveau der CO₂-Emissionen weltweit) überrollt worden. Absolute Entkopplung ist nirgendwo festzustellen! Die jährlichen Kohlenstoffemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger (und aus der Industrie) haben sich seit 1965 verdreifacht. Heute entweicht über 60 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre als noch 1990. Sogar innerhalb der letzten zehn Jahre sind die Emissionen noch durchschnittlich um mehr als zwei Prozent im Jahr gewachsen (Jackson, 2017). Der Natur- und Wirtschaftswissenschaftler Tim Jackson erklärt zweifelsfrei: „Allein das Ausmaß der Entkopplung, das nötig wäre, um die hier dargestellten (Anm. H.G. ökologischen) Grenzen einzuhalten (und dann auch dauerhaft innerhalb dieser Grenzen zu bleiben, während die Wirtschaft immer weiterwächst), ist schlicht nicht vorstellbar. Wohlstand für einige Wenige, der auf Umweltzerstörung und anhaltende soziale Ungerechtigkeit gegründet ist, ist kein Fundament für eine zivilisierte Gesellschaft. Wirtschaftliche Stabilität ist wichtig. Es ist dringend notwendig, Arbeitsplätze zu erhalten - und neue zu schaffen. Wir brauchen aber ebenso dringend ein neues Bewusstsein dafür, dass Wohlstand uns allen gemeinsam gehört. Ein stärkeres Engagement für Gerechtigkeit in einer endlichen Welt.“ Jackson ist der Ansicht, dass dieses System dringend 'erneuert' werden muss. Konsequenterweise müsste er formulieren: abgelöst/überwunden werden muss. Warum? An anderer Stelle seines fulminanten Buches führt Jackson aus: „Zuerst einmal ist es absolut eindeutig, dass die Wirtschaft von morgen in materieller Hinsicht nicht wachsen sollte. Dalys Bedingungen (und auch Rockströms planetarische Grenzen) lassen in diesem Punkt keinen Zweifel zu. Fortgesetztes materielles Wachstum würde unsere Fähigkeit gefährden, innerhalb des „sicheren Handlungsraumes“ des Planeten zu bleiben, und den zukünftigen Wohlstand untergraben. Der springende Punkt (...) ist die rein rechnerische, absolute Reduktion des materiellen Durchlaufs der Wirtschaft. (...) wir sollten betonen, dass innerhalb dieser Wirtschaft einige Dinge nach wie vor wachsen. Wer könnte etwas gegen einen Zuwachs an sozialem Wohlbefinden haben? Oder an einer Zunahme an Arbeitsplätzen? Oder an der Intaktheit unserer Natur-

güter, der Resilienz (Anm. H.G. Widerstandskraft) unserer Gemeinwesen, der Qualität unserer Umwelt, an unserm Gefühl für Sinn und Zweck?“ Die Inhalte des Wachstumsimperativs des Kapitalismus und der imperialen Lebensweise wurden 2013 von Papst Franziskus unüberbietbar verdichtet in der Aussage: Diese Wirtschaft tötet. (Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“, 53. ff.)

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein 'nachhaltiges Wachstum' als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen - als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist 'Nachhaltiges Wachstum' ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

*Aber auch die Begriffe **q u a n t i t a t i v e s** Wachstum und **q u a l i t a t i v e** Entwicklung bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten/ zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung / Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie 'wertvolles' Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung:*

' menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung '

geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.

*In Fratelli tutti (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. Und - Franziskus führt uns, insoweit **g e n e r e l l** und hier abschließend, in Fratelli tutti (21) eine sehr wesentliche - oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte (!) - Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. In anderen Zeiten wurde zum Beispiel die Tatsache, dass man keinen Zugang zur elektrischen Energie hatte, nicht als Zeichen der Armut betrachtet und gab keinen Anlass zu Sorge. Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“*

Die entscheidenden Fragen sind:

Wie gelangen wir aus dem Kapitalismus heraus?

*Welche **W e s e n s z ü g e** kennzeichnen dieses **n e u e** System?*

*Wie nennen wir dieses **n e u e** System?*

B) Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Versuch einer Antwort:

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land / dem Land der Verheißung / dem Land des NICHT-Kapitalismus.

Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen aus dem Kapitalismus herauszugelangen/ den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus - und somit auch der Arbeitsformen/der Arbeitsinhalte - in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut Ökologie kompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z.B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tarifflicht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbefahlt. Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine 'Kurze Vollzeit für alle' mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. (Dass eine 'Kurze Vollzeit für alle' bei vollem Lohnausgleich möglich ist, belegt z.B. Heinz-J. Bontrup in seinem Aufsatz „Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist lange überfällig“, Sozialismus.de - Forum Gewerkschaften -, Heft 9/2020. S. 51 ff.) Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von 'öffentlich' und 'privat', die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen alle in zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend "Obrigkeitsverhältnisse" fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese "Obrigkeitsverhältnisse" in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung Wirtschaftsdemokratie müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu

ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem „Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds zugute, der auch Genossenschaften (s.u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profitmachen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Z.B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und demokratische Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer „transformativen Demokratie“. Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich Räte (z.B. nach dem Vorbild - oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) - der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen im Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z.B. an Regionale Wirtschaftsräte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen 'F a c h v e r s t a n d e s', welcher die P a r l a m e n t a r i s c h e Demokratie nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als f a c h l i c h e Beratung herangezogen werden muss - z.B. bei der Grundgesetz gemäßen / verfassungsgemäßen, n o t w e n d i g e n Sozialisierung (= V e r g e s e l l s c h a f t u n g) von u n v e r z i c h t b a r e n Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom F a c h v o t u m der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für Räte sind weiter: Ökologieräte / Klimaräte / Energieräte / Land- und Forstwirtschaftsräte / Wohnungsbauräte / Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orien-

tierte, organisierte und priorisierte 'Marktkonforme Demokratie' / 'die unsichtbare Hand des Marktes' bzw. eine 'Postdemokratie' (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten! Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die 'Grundversorgung' (= von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

C) Der unverzichtbar anzustrebende Ziel-Zustand

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Seien wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: "Nur noch Utopien sind realistisch".)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, Fairer Handel nicht Freihandel (s.u.)!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) WAS für WEN WOZU WIE hergestellt/produziert wird (zumindest bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt bedarfsorientiert / bedarfsgerecht zuallererst gemäß den Erfordernissen des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge und nicht in erster Linie profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als Maxime heißen: "Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens". **Ein solches System kann auch bezeichnet werden als Demokratischer, ökologischer Sozialismus.**

Die 'Sozial-ökologische Transformation' - der Gerechte Wandel, welche/welcher in der Wirtschaftsdemokratie (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des Ziel-Zustands den positiven Abschluss!

Bei diesem Gerechten Wandel kann z.B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das 'Gute Leben' bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas 'genug' ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug!

Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Allgemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - e n t s c h e i d e n d ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, a l l e s a u ß e r dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. E n t s c h e i d u n g e n über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne e n t s c h e i d e n über das 'Was', das 'Wie' und das 'Wozu' von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben P r o d u z e n t e n s o u v e r ä n i t ä t aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

D) Exkurse

Exkurs I - kapitalistisches Instrument Lieferkettengesetz - (a k t u e l l e Fakten)

Im Februar 2021 haben die Minister Altmaier (Wirtschaft) CDU, Müller (Entwicklung) CSU und Heil (Arbeit) SPD einen Entwurf zum Lieferkettengesetz veröffentlicht. Dieser Entwurf hat in der sachgerechten Bearbeitung der Lieferkettengesetz-Materie insgesamt ein sehr geringes Niveau.

Die berechtigten Interessen der im Globalen Süden arbeitenden Menschen nach Arbeitsschutz, Einhaltung der Menschenrechte, tendenziell gerechter Entlohnung bei der Produktion zugunsten des Globalen Nordens (hier: Deutschland) werden nur sehr defizitär zur Geltung gebracht. Die bei der Produktion im Globalen Süden vernutzte, geschändete, zerstörte Umwelt, welche für die dort lebenden Menschen existenziell ist, wird kaum geschützt. Dieser Entwurf ist weit überwiegend ein Schutzgesetz zugunsten der deutschen Unternehmer, Konzerne, Kapitaleigner. Deutsche globale Wettbewerbsfähigkeit steht dank Ex-Bundeswirtschaftsminister Altmaier eindeutig im Vordergrund! Dieses Lieferkettengesetz enthält keine zivilrechtlichen Haftungsregeln zur Inanspruchnahme Schaden zufügender deutscher Unternehmen. Gegenüber den deutschen Unternehmen sind keine Strafen für bestrafungsrelevantes Verhalten vorgesehen, sondern nur Bußgelder, die rechtlich lediglich Ahndung von Verwaltungsunrecht sind! Das Gesetz soll erst ab 2023 für Firmen mit mehr als 3.000, ab 2024 mit mehr als 1.000 Beschäftigten gelten. Die allermeisten deutschen Firmen mit Lieferkettengesetzrelevanz wird dieses Gesetz so oder so *f a k t i s c h* überhaupt nicht in die Pflicht nehmen können. Das alles ist skandalös - nicht aus Unkenntnis, sondern mit Wissen und Wollen! Es zeigt sich einmal mehr, dass der Schutz der Menschen des Globalen Südens vor Ausbeutung, Unterdrückung, Gesundheitsschädigung, Tod und der Schutz der Umwelt im Globalen Süden bei der Produktion (Wertschöpfung) für den neoliberal enthemmten Globalen Norden (hier: Deutschland) wenig gilt. Dieser Schutz wird nur insoweit gewährt, als er den deutschen Kapitalinteressen *n i c h t* im Wege steht! Solidarität: ungenügend! Das Projekt Lieferkettengesetz ist in seiner gegenwärtigen Substanz zweifelsfrei sehr mangelhaft, weshalb im Gesetzgebungsprozess jedenfalls zu realisieren gewesen wären - aber nicht wurden:

- 1. Vollumfängliche Sorgfaltspflichten nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer -**
- 2. Eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben -**
- 3. Einführung eigenständiger umweltbezogener Sorgfaltspflichten -**
- 4. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken.**

Ein inhaltlich starkes und wirkungsvolles Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in den Ländern des Globalen Südens, die für den Globalen Norden produzieren, ist unverzichtbar! Menschenrechtsverletzungen, Arbeitssituationen/Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltzerstörungen, die partiell, grundsätzlich und strukturell den Verhältnissen/Zuständen vergleichsweise relativ ähnlich sind, die schon 1845 / 1887 von Friedrich Engels in seinem Werk ' Die Lage der arbeitenden Klasse in England ' präzise und schonungslos aufgezeigt wurden, müssen ohne schuldhaftes Zögern und ohne Wenn und Aber aufgehoben werden!

Dabei ist klar zu sehen, dass ein solches Gesetz keinesfalls bereits einen Austritt aus dem System des Kapitalismus bedeutet. Aber ein solches Gesetz ist ein hoch wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

E x k u r s I I F r e i h a n d e l

- a l l g e m e i n -

**als radikal kapitalistisches Instrument - Freihandel, der zur Unfreiheit führt -
(Freihandel als „Brandbeschleuniger“ der kapitalistischen Zerstörung)**

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

*(Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48),
MEW, Bd. 4, S. 465, 466)*

(Exploitation = Ausbeutung)

Freihandel und die sogenannten Freihandelsabkommen/-verträge sind keine Erfindung des Turbokapitalismus der letzten fünfzig Jahre. Schon der sogenannte Opiumkrieg 1839 - 1842 zwischen Großbritannien und dem Kaiserreich China zeugt vom Freihandel, wie die westlichen Imperien (heute sprechen wir vom „Westen“, dem „Globalen Norden“) diesen verstanden und verstehen und sich seither zu nutze machten und machen.

„China hatte jahrhundertlang Erfahrungen mit den Folgen des Opiumgenusses und wollte die zunehmende Drogenabhängigkeit seiner Untertanen nicht hinnehmen. Es sandte zunächst erfolglos Bittbriefe an die englische Königin Victoria und verbot schließlich den Opiumhandel. Die britischen Händler handelten das Opium daraufhin illegal, bis China 1839 350 Händler internieren und die dabei beschlagnahmten 1.400 Tonnen Opium verbrennen ließ. John Stuart Mill, Philosoph, Ökonom und zeitlebens Angestellter der East India Company, hielt dieses Verbot für ein Übel mit dem Argument, dass es ein *Eingriff in die Freiheitsrechte der potenziellen Käufer* sei (Mill 1989:96). Das britische Unterhaus entsandte 16 Kriegsschiffe mit 540 Kanonen und 4.000 Soldaten, die die chinesischen Dschunken in Grund und Boden schossen. 1842 endete der Krieg mit dem Zwangsvertrag von Nanking, in dem sich China zum unbeschränkten Freihandel einschließlich Opiums, der Abtretung Hongkongs und zu Reparationszahlungen verpflichtete.“ (Helge Meves in „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“, 2018, S. 160, 161)

Heute geht es vordergründig weniger gewalttätig zu - aber nur vordergründig!

Petra Pinzler, Journalistin, Autorin (studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaft), beschreibt den gegenwärtigen Zustand betont sachlich wie folgt: „Frei oder in Fesseln? TTIP, TISA, CETA: Weltweit wächst der Protest gegen eine Handelspolitik, die vor allem das Wohl multinationaler Konzerne im Blick hat. Mühsam errungene Regeln zum Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt werden demontiert. Die neuen Abkommen gefährden hart erkämpfte Bürgerrechte, sie erzwingen Liberalisierung und fesseln die Demokratie. Und TTIP ist nur ein Teil des Problems, längst gehört die gesamte Handelspolitik reformiert.“ (Klappentext (Rückseite) von „DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien“, Petra Pinzler, 2015)

Nähern wir uns einer radikalen Kritik der sogenannten Freihandelsabkommen (Helmut Gelhardt - anlässlich der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA in Koblenz am 18.04.2015 - Europäischer Aktionstag Freihandelsabkommen, Internetseite der KAB DV Trier, hier: FORDERN! / GEGEN TTIP / CETA U.A. / Globaler Aktionstag : 18.04.2015):

„Mit welchem System hat dies alles zu tun? Und was haben die Freihandelsabkommen TTIP / CETA und TISA mit dem zu identifizierenden System zu tun? Zu tun haben wir es mit dem System des Kapitalismus! Das kapitalistische/neoliberale/marktradikale Wirtschaftssystem ist geprägt vom Konkurrenzsystem. Dieses System führt unentrinnbar zu einem wesensbestimmenden/innewohnenden Wachstumszwang, der seiner inneren Logik gehorchend nur in permanenter Profitmaximierung und daraus sklavisch folgend ungebremsster Kapitalakkumulation „kapitalistisch“ vernünftig sein kann. Letztlich führt diese Verkettung unausweichlich zur (schleichenden) Enteignung der abhängig arbeitenden Menschen, welche gezwungen sind diese Wirtschaftsweise/Produktionsweise durch ihre Arbeit aufrecht zu erhalten, weil sie sich ohne das Entgelt für diese Arbeit nicht lebensfähig erhalten (reproduzieren) könnten. Solange dieses System besteht, sind die Menschen Gefangene dieses Systems. Dieses System stellt sich im wahrsten Sinne des Wortes als „Teufelskreis“ dar! Die Arbeit der Menschen erzeugt erst diese Profitmaximierung und Kapitalakkumulation nahezu ausschließlich zugunsten der (großen) Kapitaleigner. Der abhängig/fremdbestimmt arbeitende Mensch „profitiert“ nicht. Er wird, wenn er noch zu den „glücklicheren“ gehört, nur mit einem ungerechten Lohn abgespeist! Er wird mehr oder weniger ausgebeutet. Diejenigen, die nicht mehr das „Glück“ haben ausgebeutet zu werden, sind (siehe nachfolgend) Ausgeschlossene! Dieses System stellt sich uns faktisch immer mehr dar, als eine Wirtschaft der Ausschließung. Als ein System, in dem das Geld vergöttert wird. In dem das Geld „regiert, statt zu dienen“. Als ein System der exorbitant zunehmenden sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Papst Franziskus hat es in einem einzigen kurzen, treffenden Satz unüberbietbar so ausgedrückt: Diese Wirtschaft tötet. Das hört sich radikal und absolut an. Und vielen Vertretern sog. Eliten passt dieser Satz ganz und gar nicht! Aber dieser Satz muss von seiner Radikalität und Absolutheit nichts zurücknehmen. Er ist die richtige Beschreibung der Realität! Und diese heute schon bestehende barbarische Realität soll nach dem erklärten Willen bestimmter politischer Eliten mit den in Rede stehenden Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA gesteigert, verfestigt - ja sogar unumkehrbar gemacht werden. Es soll damit ein Schlussstein gesetzt werden. Wenn sich diese Machteliten durchsetzen, werden die Menschen und die Natur in vollkommener Weise zugunsten der Interessen des Kapitals. Mensch und Natur sollen sich um der ungehemmten Kapitalakkumulation Willen diesen Wirtschaftsinteressen unterwerfen. Der Endzustand wäre dann die Diktatur des Kapitals! (...) Eine solche Diktatur gilt es zu verhindern.“

Auch in den USA gibt es bedeutende Stimmen gegen TTIP. Senator Bernie Sanders (Demokraten) erklärt: „Wir haben Freihandel ausprobiert, es funktioniert nicht“. Er nennt „Millionen von Arbeitsplätzen“ und „60.000 Fabriken“ in den USA, die dem Freihandel mit Mexiko und Kanada seit 1994 zum Opfer gefallen seien. Er spricht von einem „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“. (taz.de vom 17.04.2015 - „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“)
(Anmerkung des Verfassers: Senator Bernie Sanders sieht sich als Demokratischer Sozialist.)

Der US-amerikanische Senator Bernie Sanders hat auch gegenwärtig sein Einschätzung nicht geändert: „Aber die Clinton-Regierung trieb nicht nur die Deregulierung der Wallstreet voran, sie arbeitete auch mit den Großkonzernen Amerikas (*corporate America*) zusammen, um gegen die Gewerkschaften und eine Mehrheit der Demokraten NAFTA durchzusetzen, ein desaströses Freihandelsabkommen, das uns nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen kostete, sondern auch den Boden für zukünftige Freihandelsabkommen bereitete, die ebenso verheerend waren.“ (Sanders, 2017, S. 65)

„Die Realität ist, dass die sogenannte Freihandelspolitik der letzten 35 Jahre amerikanischen Arbeitnehmern unaufhörlich geschadet hat. Die von der US-Wirtschaft manipulierten Freihandelsabkommen haben es den Konzernen viel leichter gemacht, Produktionsanlagen in den USA zu schließen, Arbeiter auf die Straße zu setzen und nach Mexiko, China oder in anderer Länder umzuziehen, wo nur ein Bruchteil der hiesigen Löhne gezahlt wird.“ (Sanders, 2017, S. 223)

Auch in Mexiko gab und gibt es massiven Widerstand gegen den Freihandel / Freihandelsabkommen. Besonders und jedenfalls bei der indigenen Bevölkerung, den Indigenas, in Gestalt der (neo)zapatistischen Bewegung.

„Am 01. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft. Die Regierungen Kanadas, der USA und Mexikos haben es unterzeichnet und damit die größte Freihandelszone der Welt geschaffen. NAFTA war ein Pionierabkommen, - vor allem, weil es neben dem Warenhandel auch Dienstleistungen, Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und geistiges Eigentum einschließt. Heute, 22 Jahre später, kann man die Folgen von NAFTA sehen. Versprochen hatten seine damaligen Befürworter Wachstum und Arbeitsplätze. Stattdessen haben Millionen Menschen in allen drei Ländern ihre Arbeit verloren oder drastische Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Die Umwelt hat gelitten und der Staat hat deutlich an Macht verloren. Profitiert hingegen haben in jeglicher Hinsicht transnationale Großkonzerne. Heute hören wir die gleichen Argumente wieder bei CETA und TTIP.“ (attac Leipzig, Pressemitteilung vom 23.08.2016, „Zapatistas und der Widerstand gegen Freihandel“)

Der ehemalige Subcomandante Marcos der Ejército Zapatista de Liberación Nacional - EZLN - (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) ⁶⁾ wurde von dem spanischen Schriftsteller, Journalisten und Lyriker Manuel Vázquez Montalbán bereits um die Jahrtausendwende (jedenfalls vor dem Jahr 2000) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, im Süden Mexikos, interviewt. Montalbán stellt in diesem Interview fest: „Der Zapatismus tritt genau zu dem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, als mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA der Eintritt Mexikos in die Erste Welt proklamiert werden soll. Da ertönt die zapatistische Alarmglocke wie ein Dementi dieses sogenannten glücklichen Endes der Modernisierung.“

Marcos antwortet wie folgt: „Das hat sich aus der historischen Entwicklung ergeben. Der Neoliberalismus, die Globalisierung, bereitet eine großangelegte Simulation vor: Wir können es erreichen, daß Mexiko zur Ersten Welt gehört, aber das geht nicht, wenn wir alle sozialen Schichten einbeziehen. Es geht nur dann, wenn diejenigen ausgegrenzt werden, die den Modernisierungsstandards nicht entsprechen. Im Falle des Liberalismus sind das die Standards von Kauf und Verkauf. Bei unserem Eintritt in die Erste Welt sollten also zehn Millionen Indios ausgeschlossen werden, so als seien sie keine Mexikaner, weil sie niemals als solche behandelt wurden. Der Neoliberalismus selbst treibt die Indios zur Rebellion, seit er 1982 in seiner ganzen Härte in Mexiko eingeführt wurde. Nicht der Zapatismus, sondern der Neoliberalismus stellt uns vor die Wahl: entweder weiterleben und kämpfen oder verschwinden und sterben. (...) Wir wollten zeigen, daß der Eintritt Mexikos in die Erste Welt auf einer Lüge beruhte. Nicht nur einer Lüge für die indianische Bevölkerung, wie es die Krise von 1994/95 offenlegte, sondern auch für die Mittelschichten, für die arbeitende Klasse, wie man früher sagte. Und sogar für einen großen Teil des Unternehmertums. (...)“ (Montalbán, 2001, S. 86 – 90)

Das Sachbuch des Rechtswissenschaftlers Simon Schuster: Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung, 2017, hat das Thema Neoliberalismus (markt extremistischer Kapitalismus) und Kapitalismus in Mexiko gleichfalls zum Gegenstand - hier ebenfalls u.a. mit Bezug auf das Freihandelsabkommen NAFTA.

„Als Beweis für die Dominanz des >Exkludierenden< im politischen System Mexikos führen die Zapatist*innen die Wirtschaftspolitik Mexikos der 80er Jahre, die Reform des Art. 27 CF, den Beitritt zur NAFTA (...) an. (...) Alle aufgezählten Strukturanpassungen sind für die Zapatist*innen Symbol der Trennung der politischen Akteure von ihrer Basis, dem mexikanischen Volk. Die strikte Liberalisierungspolitik, gut symbolisiert durch die Agrarreform des Art. 27 CF und den Beitritt zur

NAFTA , steht für sie im Widerspruch zu den Bedürfnissen der armen Bevölkerung Mexikos und im Zeichen der Interessen des internationalen Großkapitals. Für die Zapatist*innen ist die Tatsache, dass die gewählten Politiker*innen Entscheidungen gegen die eigentlichen Interessen vieler Wähler*innen durchsetzen, Beweis für das Fehlen von Demokratie im politischen System Mexikos. Das mexikanische Volk, das gemäß Art. 39 CF der verfassungsmäßige Souverän sein sollte, habe die Entscheidungsgewalt im Staat verloren. Die interne Ausgestaltung der staatlichen Ordnungsstrukturen vermochte es nicht, die Souveränität gegen die gesellschaftlichen Kräfte zu behaupten. Die mexikanische Demokratie sei strukturell deformiert worden. In einem ihrer neueren Comunicados verdeutlichen die Zapatist*innen erneut, welches Bild sie von der Regierung und den Politiker*innen im Allgemeinen haben. Unter anderem heißt es dort:

„Die von oben sprechen: Wir sind diejenigen, die befehlen. Wir haben mehr Macht, auch wenn wir weniger sind. Uns ist es egal, was du sagst-hörst-denkst-tust, solange du stumm, taub, reglos bist.“ (Marcos, „Sie und Wir“) “ (Schuster, 2017, S. 21, 22)

Ziehen wir „Bilanz“ in Sachen Freihandel / Freihandelsabkommen.

Die Befürworter des globalen Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter demokratiefördernden Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada) zeichnet ein konträr anderes Bild. Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Marktgläubigkeit, welche sich als Marktfundamentalismus (extremistischer Kapitalismus) etabliert. Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wird der demokratische Prozess ausgehebelt, damit die absolut dominieren sollende Wirtschaft über die demokratische Ordnung gestellt werden kann. Freihandelsabkommen sind Instrumente, um Deregulierung und den Abbau von Standards international voranzutreiben.

Mittlerweile ist mit JEFTA (zwischen EU und Japan) ein weiteres Großprojekt des Freihandels zu verzeichnen . Durch JEFTA (in Kraft getreten am 1. Februar 2019) soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Japan ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Gemeinsam verfügen Europa und Japan über ca. ein Drittel der gesamten Weltwirtschaft. Aber: Selbst ökonomische Studien durch die EU-Kommission weisen nur ein äußerst bescheidenes Wirtschaftswachstum für die gesamte EU von 0,76 Prozent nach bis zu 20 Jahren aus!

Verdeutlichen wir uns stellvertretend zunächst am Beispiel JEFTA nochmals die immens negativen Wirkungsweisen der Freihandelsabkommen:

JEFTA folgt im Prinzip wie die Freihandelsabkommen TTIP und CETA knallhart eindeutig einer Agenda zugunsten der Konzerne. (Dass TTIP zur Zeit als „tot“ bezeichnet wird, sollte niemanden in Sicherheit wiegen. TTIP kann jederzeit zum Leben erweckt werden!) Viele Sonderrechte und keine Pflichten für Unternehmen. Absenkung sozialer und ökologischer Standards sind die Leitsätze! Auch JEFTA wurde sehr lange und weit überwiegend vorbei an der Öffentlichkeit verhandelt. Z.B. ist erst seit April 2018 der vollständige Text in deutscher Sprache verfügbar. Der Konzernlobbyismus hatte intensivste Gelegenheit zur Mitwirkung. Umweltschutz-, Verbraucherschutzorganisationen und Gewerkschaften - wenn überhaupt - bestenfalls nur marginal!

Die wichtigsten „Bausteine“ / “Stützpfiler“ von JEFTA zugunsten des Kapitalismus/des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells (eines Modells im Zeichen der Ausbeutung und Unterdrückung) sind:

1.

Die Problematik Sondergerichtsbarkeit/Paralleljustiz für Konzerne, mit denen diese die Staaten auf 'entgangene Gewinne' verklagen können, wurden nicht Gegenstand dieses Freihandelsabkommens, damit es sich nicht um ein Gemischtes Freihandelsabkommen handelt, dem die EU-Mitgliedsstaaten zustimmen müssten. Mit diesem Schachzug muss JEFTA zur Abstimmung nur ins

Europaparlament. Gleichwohl wird diese Sonderschiedsgerichtsbarkeit nicht aufgegeben, sondern in einem weiteren Abkommen ausgehandelt werden. Damit werden weiter z.B. Erhöhungen des Mindestlohnes, verbesserte Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen in den Mitgliedsstaaten der EU, welche bei den Unternehmen zu erhöhten Kosten und damit zur Reduzierung der Gewinne führen, Gegenstand von Konzernklagen gegen Staaten sein. Dies ist demokratiewidrig, weil Gemeinwohlinteressen so dem Profitinteresse der Konzerne geopfert werden.

2.

Klimawandel: Konkrete Maßnahmen oder Ziele, die über eine sehr vage Verpflichtung zur Zusammenarbeit zur Vermeidung des Klimawandels hinausgehen, fehlen in JEFTA. Im Vertragstext heißt es, dass JEFTA die Vertragsparteien nicht davon abhalten solle, multilaterale Umweltschutzabkommen umzusetzen. Jedoch nur, wenn dadurch der Handel nicht eingeschränkt oder der Vertragspartner nicht 'diskriminiert' würde. Im Klartext: Klimaschutz nur insoweit, als die Interessen des marktremistischen Kapitalismus nicht eingeschränkt werden!

3.

Vorsorgeprinzip: Das im europäischen Umwelt- und Verbraucherschutz recht geltende Vorsorgeprinzip soll sicherstellen, dass der Staat vorsorglich handelt, auch wenn in der Wissenschaft noch Uneinigkeit über eine mögliche Schadensherbeiführungsfähigkeit besteht. Ist der begründete Verdacht gegeben, dass ein Produkt Umwelt und Menschen wahrscheinlich schaden kann, wird es (zunächst) nicht zugelassen. Dieses entscheidend bedeutende Prinzip ist im JEFTA-Abkommen nur unzureichend im nicht sehr einflussreichen Nachhaltigkeitskapitel vorgesehen lediglich als „Vorsorgeansatz“, aber nicht als juristisch machtvolleres „Vorsorgeprinzip“. Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen der EU sind von einer Staat-zu-Staat-Klagemöglichkeit ausgeschlossen. Dies bedeutet, dass es bei Verstößen gegen Regelungen in Nachhaltigkeitskapiteln - etwa bei Nichtberücksichtigung des Vorsorgeprinzips - keine Bestrafungsmöglichkeiten gibt!

4.

Erhaltung der Biologischen Vielfalt: In JEFTA findet sich ein Hinweis auf den Schutz der Biologischen Vielfalt lediglich durch Nennung der Biodiversitätskonvention im Nachhaltigkeitskapitel. Die Bedenken hinsichtlich der Privatisierung der Rechte an gentechnischen Ressourcen sowie der Patentierbarkeit von Pflanzen- und Tierarten und in Bezug auf den Schutz der biologischen Vielfalt werden nicht berücksichtigt. Die Rechte von Unternehmen, welche Biotechnologiepatente besitzen werden jedoch weiter gestärkt!

5.

Illegaler Holzhandel: Japan gehört zu den absolut bedeutendsten Importnationen im Holzhandel. Die dortigen Unternehmen sind die Hauptabnehmer von illegalem Holz, einschließlich Holz, das aus einigen der wenigen erhaltenen Urwälder in Europa stammt. Japan führt zwar neue Rechtsvorschriften in Bezug auf illegales Abholzen ein. Illegal geschlagenes Holz wird aber weiter nicht verboten. Die EU hat über JEFTA keinen Druck auf Japan für ein Verbot des Importes illegal geschlagenen Holzes ausgeübt. In Ansehung von illegalem Abholzen in Brasilien, Malaysia, China, Indonesien sind sehr negative Umweltfolgen zu befürchten, die durch JEFTA aufrechterhalten oder noch verschlimmert werden könnten.

6.

Walfang: Trotz eines internationalen Verbots von 1986 betreibt Japan weiterhin Walfang in immensum Umfang (über 20.000 Wale bis 2014) unter dem Vorwand der Wissenschaft. Das EU-Parlament forderte jedenfalls eine ernsthafte Diskussion über die Abschaffung und zuletzt sogar die konkrete Beendigung des Walfangs in Japan. Die EU-Kommission wollte dies Japan in JEFTA aber nicht zumuten. Walfang wird in JEFTA nicht erwähnt!

7.

Nachhaltige Entwicklung / Arbeitsrechte: Auch JEFTA fehlt es wie CETA an konkreten durchsetzungsfähigen, strafbewehrten Verpflichtungen in Bezug auf Umwelt, nachhaltige Entwicklung,

Arbeitnehmerrechte. Arbeitnehmerrechte sind durch JEFTA gefährdet. Japan hat zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bisher nicht real umgesetzt. Und zwar das Verbot von Zwangsarbeit und das Verbot der Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Und das, obwohl Japan eine hochindustrialisierte Nation ist!

Schließlich ist das Freihandelsabkommen EU-Mercosur zu betrachten. Auf Seiten des Mercosur sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an diesem Freihandelsabkommen beteiligt. Das Abkommen wurde nach über 20 Jahren (!) im Juni 2019 ausverhandelt. Derzeit befindet es sich in der Phase der Übersetzung und der rechtlichen Überprüfung zwischen den Verhandlungspartnern. Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021 -

NaturFreunde fordern: EU-Mercosur-Abkommen stoppen! :

„Das neoliberale Freihandelsabkommen EU-Mercosur ist völlig inakzeptabel und wird den Export von industriell produzierten Landwirtschaftsprodukten weiter vorantreiben. Durch das Abkommen werden die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele torpediert und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes weiter vorangetrieben. Die EU Staaten tragen mit ihrem hohen Anteil an agrarischen und mineralischen Rohstoffimporten unmittelbar zu dieser Zerstörung bei. Allein die Soja-Anbaufläche beträgt in den Mercosur-Staaten mehr als 13 Millionen Hektar. (...)

Das Abkommen unterstützt zudem die weitere Förderung des Exports von industriell und unter massiver Umweltzerstörung produzierten landwirtschaftlichen Produkten wie Soja und Rindfleisch. In dem Abkommen wird auch die menschenrechtsfeindliche und umweltzerstörende Politik der brasilianischen Bolsonaro-Regierung hingenommen und die Politik der Abholzung des Regenwaldes in keinerlei Weise eingeschränkt. 7) Die Regierung Bolsonaro hat zur Beschleunigung der Vertreibung indigener Gemeinschaften beigetragen. Schon heute haben die Morde an Umweltschützer*innen und indigenen Anführer*innen im Amazonasgebiet einen traurigen Höchststand erreicht. 8)

Das Handelsabkommen unterstützt insbesondere die Exporte der großen EU-Konzerne in der Automobilwirtschaft, dem Elektro- und Maschinenbau sowie der Chemie- und Pharmaindustrie. Sie werden noch einfacher ihre Produkte in die Region exportieren können. In den Jahren 2015 bis 2019 haben die großen Chemieunternehmen der EU-Mitgliedstaaten jährlich mehr als 56.000 Tonnen Pestizide mit einem Wert von über 900 Millionen Euro in den Mercosur exportiert. In dem Handelsabkommen ist zum Beispiel vorgesehen, mehr als 90 Prozent der Chemieexporte aus der EU von Zöllen zu befreien. Im Gegenzug sollen dafür die Zölle auf Mercosur-Agrarprodukte wie Rindfleisch, Zucker, Bioethanol und Hühnerfleisch gesenkt werden. Durch die weitere Exportorientierung der Landwirtschaft wird sich der Pestizideinsatz in der Region weiter erhöhen und Urwälder werden noch schneller zerstört werden.“ Es ist offenkundig: „Der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten in riesigen Monokulturen zerstört die Artenvielfalt (...) und trägt zur großflächigen Vergiftung des Grundwassers und der Menschen durch den hohen Einsatz von Pestiziden bei.“ (Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021)

Der kapitalistische Wahnsinn via Freihandelsabkommen wird überdeutlich an zwei Ziel-Komponenten der Abkommen JEFTA und EU-Mercosur: Deutschland exportiert Schweinefleisch aus absolut obszöner und umweltschutzwidriger industrieller Massentierhaltung nach Japan und Deutschland importiert Rindfleisch aus maßloser Rinderzucht auf schrankenlos gerodeten Flächen des Regenwaldes in Brasilien! Ist die Steigerung des Perversen grenzenlos? Wer will da noch ohne Scham und Zorn von 'Bewahrung der Schöpfung' sprechen?

Exkurs II

- ...für einen fairen Handel weltweit -

Fairer Handel im Gegensatz zu den **radikal kapitalistischen Instrumenten:**

Freihandel / sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen / Landgrabbing

Es bedarf keiner Frage - auch **F a i r e r H a n d e l** kann im Kapitalismus, wegen des Wesens des Kapitalismus, nicht absolut fair sein. Im System Kapitalismus kann es nur einen Handel geben, der einem Fairen Handel mehr oder weniger nahe kommt. Trotzdem und selbstverständlich muss der **F a i r e H a n d e l** eingefordert und gefördert werden, während **F r e i h a n d e l** abzulehnen ist.

Um es nochmals sehr deutlich hervorzuheben:

Die Befürworter des weltweiten Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter **d e m o k r a t i s c h e n** Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada), JEFTA (zwischen EU und Japan) MERCOSUR (zwischen Europa und Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) zeichnet ein konträr anderes Bild. TTIP ist nicht tot. Es wird periodisch versucht dieses wiederzubeleben!

Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Gläubigkeit an den kapitalistischen Markt. Dieser Marktfundamentalismus als extremistischer Kapitalismus setzt die Freihandelsabkommen als Instrumente der Deregulierung, des Abbaus von Umweltschutz-, Verbraucherschutzstandards, von Arbeitnehmerschutzrechten, von öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge und Gemeinwohlstandards ein.

Die wesentlichen Stichworte heißen in diesem Zusammenhang:

- Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren z.B. auf „entgangenen Gewinn“ wegen von Staaten erlassenen **v e r b e s s e r t e n** Umweltschutz-, Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutzgesetzen. Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!
- Negativlisten (nur die Ausnahmesachverhalte, die **n i c h t** liberalisiert werden sollen, werden hier aufgeführt). Alles andere darf **p r i v a t i s i e r t / l i b e r a l i s i e r t** werden!
- Im Umweltschutz muss das **europäische Vorsorgeprinzip (Vorsichtsprinzip)** vollumfänglich gelten und keinesfalls das Prinzip des 'risikobasierten Ansatzes' (wie jedenfalls in den USA), wonach ein Stoff so lange verwendet werden darf, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist. Wenn das 'Kind in den Brunnen gefallen ist' - ist es zu spät!

Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wurde und wird der **d e m o k r a t i s c h e P r o z e s s** jedenfalls ausgehebelt durch:

- jahrelange gewollte Geheimverhandlungen,
- Konzernlobbyismus z.B. per sog. Regulatorischer Kooperation. Diese sieht einen gemeinsamen Regulierungsrat vor, in dem Standards und Normen gegenseitig anerkannt oder einander angepasst werden, um nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, was regelmäßig im Ergebnis die Absenkung von Umweltschutz-, Verbraucherschutz-, und Arbeitsrechtsstandards zur Folge hat. Gegenseitige Anerkennung von Standards führt zu einem **U n t e r b i e t u n g s w e t t l a u f**. Dieser Rat kommentiert und beeinflusst - dirigiert durch an Gewinnmaximierung orientiertem Konzernlobbyismus - die künftige

Gesetzgebung, b e v o r (!) das Europäische Parlament oder das entsprechende Verfassungsorgan des Freihandelspartners diese Gesetzgebung ü b e r h a u p t gestalten können.

Zusätzlich wird ein Gemeinsamer Ausschuss gebildet. Dieser hat u.a. das Recht, den Vertragsparteien Ergänzungen n a c h (!) dem Inkrafttreten des Abkommens vorzuschlagen, sowie in bestimmten Regelungsmaterien durch Änderungen, Ergänzungen und Neuinterpretationen von Vertragsbestandteilen a n s t e l l e (!) der Vertragsparteien entscheiden zu dürfen. Dies alles entbehrt einer ausreichenden d e m o k r a t i s c h e n Rückbindung wegen mangelhafter Parlamentsbeteiligung und ist daher abzulehnen.

- Stillstands- und Sperrklinkenklauseln: Einmal privatisierte Betriebe können nicht in die öffentliche Hand zurückgeführt werden! Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung!
Z.B. in JEFTA ist n i c h t festgehalten, das Wasser keine Ware ist!

Und - was oft vergessen wird - diese Freihandelsabkommen zwischen den wirtschaftlich hoch entwickelten/hochindustrialisierten Freihandelspartnern EU - Kanada / Japan / USA / ((sehr bedingt MERCOSUR) setzen mit markttextremistischem Kapitalismus (Neoliberalismus) auch die Staaten unter Druck, welche formell an diesen Handelsabkommen überhaupt nicht teilnehmen - wie z.B. Malaysia und Indonesien (dort findet illegales, global umweltschädliches Abholzen von Wäldern statt!). Länder der Dritten Welt haben beim Handel mit den Spitzenwirtschaftsmächten EU / Japan / Kanada / USA ohnehin die weit schwächere Verhandlungsposition und damit nur ungenügende Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand. Insbesondere die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika sind weiterhin derart ausgestaltet, dass sie eine wirtschaftliche Gesundung des Schwarzen Kontinents verhindern - allen EU Sonntagsreden zum Trotz!

Die neueste Entwicklung - Energiecharta-Verträge

Der Energiekonzern RWE führt eine Schadensersatzklage gegen den niederländischen Kohleausstieg. Eine weitere Klage ist auf dem Weg. Uniper, ebenfalls Energiekonzern, will Klage vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington einreichen. Beide Konzerne berufen sich auf den Energiecharta-Vertrag. Dieser ermöglicht Energiekonzernen, Staaten wegen demokratisch gefasster Entscheidungen vor privaten Schiedsgerichten auf horrenden Summen Schadensersatz zu verklagen: zum Beispiel, wenn sie aus Kohle- oder Atomkraft aussteigen wollen. Solche Verträge sind, abgesehen davon, dass sie absolut neo-liberale Zwangswerkzeuge darstellen - Klimakiller-Verträge/tragen massiv zum Klimawandel bei!

Landgrabbing

Insbesondere Agrarkonzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte. Oftmals bieten korrupte Regierungen Flächen feil, welche als unverkauft und ungenutzt gelten. Doch in den wenigsten Fällen liegt das Land tatsächlich brach; meist wird es von mittellosen Familien zum Anbau von Nahrungsmitteln verwendet. Den Kleinbauern fehlt dann der Zugang zu Land und Wasser, um sich und ihre Familien zu versorgen. Ihr Grundrecht auf Nahrung wird verletzt. Insbesondere der Afrikanische Kontinent ist sehr wesentlich betroffen. Natürlich sind auch dies Fluchtursachen!

Auch außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen immer häufiger Ackerland auf und treiben damit die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe. Äcker werden zum Spekulationsobjekt.

Landgrabbing ist auch innerhalb der EU längst in vollem Gange. Hier ist Landgrabbing besonders auf die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konzentriert. Die EU hat strukturelle Veränderungen in Europa durchgesetzt, die zu einer Landkonzentration in wenigen Händen führen, nach dem Vorbild von Ländern wie Frankreich, Deutschland oder den Niederlanden. Die EU-Kommission bzw. die EU-Behörden schützen sehr akkurat den „freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“. Dieser „freie Verkehr“ soll von keinerlei lokaler Kontrolle und Protektionismus gestört werden.

Bei den Landerwerbern darf es keine Anforderungen zu Wohnsitz und Ortsansässigkeit der Erwerber, ihren landwirtschaftlichen Qualifikationen und keine Diskriminierung juristischer gegenüber natürlichen Personen geben! Gerade der Wechsel der Eigentümerstruktur, von natürlichen Personen, namentlich Bauern und deren Familien, zu juristischen Personen wie GmbH's, Aktiengesellschaften, internationalen Holdings - ist die fundamentale Veränderung der politischen Ökonomie der Landwirtschaft in Europa. Diese Landwirtschaft wird jetzt kontrolliert von Verwaltern und Aktionären. Das Interesse der Anteilseigner gibt den Ausschlag darüber wie das Land bewirtschaftet wird. Dieses Interesse heißt weitestgehend: Profit, Profit, Profit!

Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen der Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der EU und global unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch O l i g a r c h i e - nicht Demokratie! Mindestens wird die Demokratie dadurch massiv entwertet.

E) Muss der Ziel-Zustand (unter C) des letzte Wort sein?

Kann es hinter dem Horizont des Ziel-Zustandes inhaltlich noch weiter gehen?

geschehen ist -

„Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte. (Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam.“

„Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wer von ihnen Äcker oder Häuser besaß, verkaufte sie und brachte das Geld für das Verkaufte und legte es den Aposteln zu Füßen; und man gab einem jeden, was er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(L u t h e r b i b e l, 1999)

„Alle, die zum Glauben gekommen waren, taten ihren ganzen Besitz zusammen. Wenn sie etwas brauchten, verkauften sie Grundstücke und Wertgegenstände und verteilten den Erlös unter die Bedürftigen in der Gemeinde.

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die ganze Gemeinde war ein Herz und eine Seele. Wenn einer Vermögen hatte, betrachtete er es nicht als persönliches, sondern als gemeinsames Eigentum.“

„Niemand aus der Gemeinde brauchte Not zu leiden. Sooft es an etwas fehlte, verkaufte irgendeiner sein Grundstück oder sein Haus und brachte den Erlös zu den Aposteln. Jeder bekam davon so viel, wie er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(Die Gute Nachricht Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983)

gedacht wurde -

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, 1875.)

Teil 2

Ökokapitalismus versus Ökosozialismus

Über die Sinnhaftigkeit von Ökokapitalismus und die signifikanten Unterschiede zwischen Ökokapitalismus und Ökosozialismus.

Gegenwärtig ist weltweit eine Doppelkrise gegeben, bestehend aus der Krise der Sozialen Gerechtigkeit und der Ökologischen Krise. Diese Krisen dürfen nicht getrennt wahrgenommen werden, sondern müssen zusammen gedacht und gelöst werden, weil sie auf fatale Weise miteinander verschränkt sind. Sogar in den fortgeschrittenen Industrieländern besteht insgesamt eine große und wachsende Spaltung der Gesellschaft u.a. durch immense Arbeitslosigkeit bzw. unsichere und schlecht bezahlte Arbeit. Das kapitalistische System setzt zur Bewältigung von sozialen und ökonomischen Krisen auf wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist aber nicht länger ohne weitere Umweltschäden/-zerstörung zu erzielen. Der Ressourcenverbrauch der Menschheit liegt schon jetzt weit über dem, was das Ökosystem des Planeten verkraften kann. Wir sind in einem Teufelskreis. Wie können wir diesem Teufelskreis entrinnen? Zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs setzt der Ökokapitalismus auf ökologisch attraktive Produkte / Waren. Ökologisch attraktive Produkte / Waren sind selbstverständlich an sich sinnvoll. Aber sie können nur eine **s i n g u l ä r e** Öko-Effizienz zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und damit der Umweltschädigung hervorbringen - aber keine **s y s t e m a t i s c h e** Öko-Effizienz.

Ökologischer („grüner“) Kapitalismus kann verbrauchsarme Autos herstellen, aber keine effizienten Verkehrssysteme. Er kann Öko-Häuser bauen, aber keine ökologisch sinnvollen Siedlungsstrukturen schaffen. Er kann effiziente Heizungen und Elektrogeräte zur Verfügung stellen, aber keine nachhaltigen Energiesysteme; Bio-Lebensmittel, aber keine Bioagarsysteme. (Die Beispiele sind entnommen aus „Rotes Grün“ von Dr. Hans Thie - siehe unten.)

Große ökologische Effekte sind aber nur dann zu erzielen, wenn man nicht nur auf einzelne grüne Produkte/Waren, sondern auch und vor allem auf ökologische („grüne“) **S y s t e m e / S t r u k t u r e n** setzt. Ökologische **S y s t e m e / S t r u k t u r e n** können jedoch nicht aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise 'kriert' werden, weil sich innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems die systemimmanente Konkurrenz der Produkthanbieter und der Wachstumszwang betreffend die Produktion nicht aufheben lassen. Das Konkurrenzprinzip befeuert den Wachstumszwang. Unabdingbar hinzu kommt, dass ökologische Systeme/Strukturen nur aus demokratischen,

politischen, gesellschaftspolitischen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen der Menschen hervorgehen dürfen. Diese Prozesse dürfen nicht der „unsichtbaren Hand“ des Marktes anheimfallen bzw. durch eine „marktkonforme Demokratie“ völlig entwertet werden!

Die lediglich singuläre Öko-Effizienz ist auch unter dem Gesichtspunkt der sog. Bumerang- oder Rebound-Effekte nicht als hinreichende Problemlösung für die Ökologische Krise anzusehen. Rebound bedeutet für den Konsum: Die in der Wohnung eingesparte Kilowattstunde entlastet das Einkommen und landet als Umsatzplus im „Mediamarkt“ oder im „EasyJet“-Billigflieger. Rebound bedeutet für die Produktion: Der verminderte Rohstoffverbrauch des Unternehmens senkt die Kosten und stärkt die Fähigkeit, in neue Produktlinien zu investieren (für Produkte, deren „Bedarf“ erst neu durch Werbung „erschaffen“ wurde). So steigert jeder Effizienzgewinn an der einen Stelle den Verbrauch / Ressourcenverzehr an einer anderen. Ganz allgemein: Wenn der Stromverbrauch jedes einzelnen Elektrogerätes sinkt, aber die Zahl der Geräte rapide ansteigt, ist nichts gewonnen. 3)

F a z i t:

Reine Einzeleffizienzstrategien, die den Verbrauch in Relation zur Wertschöpfung senken sollen, reichen nicht, um die Inanspruchnahme der Natur schnell, dauerhaft und absolut zu senken! Ökologischer („grüner“) Kapitalismus ist systemisch letztlich ungeeignet die Ökologische Krise zu meistern, weil er keinen 'gesellschaftlichen Sinn' erzeugen kann.

Hans Thie

Der Ökonom und Soziologe Dr. Hans Thie (Rotes Grün - Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, 2013) - Rosa Luxemburg Stiftung - trifft eine Aussage 'in Prosa': „Grüner Kapitalismus ist kompatibel mit den Mächtigen, sorgt für das Flair ökologischer Modernität. Aber er ist keine Antwort, wenn es um fundamentale Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für alle will muss die Wirtschaftsordnung ändern.“

Papst Franziskus

Fast Poesie - aber in der Sache nicht weniger deutlich ist der nachfolgende Text: „Die ökologische Kultur kann nicht reduziert werden auf eine Serie von dringenden Teilantworten auf die Probleme, die bezüglich der Umweltschäden, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und der Verschmutzung auftreten. Es müsste einen anderen Blick geben, ein Denken, eine Politik, ein Erziehungsprogramm, einen Lebensstil und eine Spiritualität, die einen Widerstand gegen den Vormarsch des technokratischen Paradigmas bilden. Andernfalls können auch die besten ökologischen Initiativen schließlich in derselben globalisierten Logik stecken bleiben. Einfach nur eine technische Lösung für jedes auftretende Umweltproblem zu suchen bedeutet, Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind, und die wahren und tiefsten Probleme des weltweiten Systems zu verbergen.“ Laudato si 111.

Franziskus argumentiert (predigt) weiter in Laudato si 112:

„Es ist jedoch möglich, den Blick wieder zu weiten. Die menschliche Freiheit ist in der Lage, die Technik zu beschränken, sie zu lenken und in den Dienst einer anderen Art des Fortschritts zu stellen, der gesünder, menschlicher, sozialer und ganzheitlicher ist. Die Befreiung vom herrschenden technischen Paradigma geschieht tatsächlich in manchen Situationen, zum Beispiel wenn Gemeinschaften von Kleinproduzenten sich für weniger verschmutzende Produktionssysteme entscheiden und dabei ein Modell des Lebens, des Wohlbefindens und des nicht konsumorientierten Miteinanders vertreten; oder wenn die Technik sich vorrangig darauf ausrichtet, die konkreten Probleme der anderen zu lösen, in dem Wunsch, ihnen zu helfen, in größerer Würde und in weniger Leid zu leben; (...).“

Alberto Acosta

Die strikten Anforderungen des Ökosozialismus an UNS ALLE sind damit jedoch noch nicht beendet! Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors,

stellt fest (Buen Vivir Vom Recht auf ein gutes Leben, 2015):

„Es ist zum Beispiel ein Fehler zu glauben, dass die globalen Umweltprobleme mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gelöst werden können. Ein Fehler, der uns noch teuer zu stehen kommen kann. Es hat sich gezeigt, dass (bisher noch nicht ausreichende) Normen und Regulierungen wirksamer sind als Angebot und Nachfrage, die „selbstregulativen Gesetze“ der kapitalistischen Welt. (...) Die Postmoderne, eine Zeit der Ernüchterung, muss überwunden werden. Es kann nicht weiterhin das zerstörerische Entwicklungsmodell herrschen, dessen Paradigma endloses Wirtschaftswachstum ist. Das Konzept des Fortschritts als ständige Akkumulation materieller Güter muss demzufolge überwunden werden. (...) Außerdem wissen wir inzwischen, dass die „Entwicklung“ als Neuauflage der Lebensstile der zentralen Länder auf globaler Ebene nicht wiederholt werden darf. Ein derart Konsum geprägter und auf Raubbau angelegter Lebensstil gefährdet das globale ökologische Gleichgewicht und schließt immer größere Menschenmengen von den (angeblichen) Vorteilen der ersehnten Entwicklung aus. Dem ganzen technischen Fortschritt zum Trotz ist nicht einmal der Hunger auf der Welt besiegt.“

Jean Ziegler

Der Soziologe Jean Ziegler schreibt (Ändere die Welt!, 2015):

„Wie steht es mit dem Kampf gegen den Hunger? Er lässt nach. Im Jahr 2001 starb alle sieben Sekunden ein Kind unter zehn Jahren an Hunger. Im selben Jahr wurden 826 Millionen Menschen durch die Folgen von schwerer, chronischer Unterernährung zu Invaliden. Heute sind es 841 Millionen (Bericht 2013).“ Die Welthungerhilfe erklärt im Oktober 2021: „Die Welt ist bei der Hungerbekämpfung vom Kurs abgekommen und entfernt sich immer weiter vom verbindlichen Ziel, den Hunger bis 2030 zu besiegen. Bereits die letzten UN-Berichte haben deutlich gewarnt, da die Zahl der Hungernden und Armen seit einigen Jahren wieder ansteigt. Weltweit hungern etwa 811 Millionen Menschen und 41 Millionen leben am Rande einer Hungersnot. Besonders dramatisch ist die Lage in Somalia, Jemen, Afghanistan, Madagaskar und dem Südsudan. Der neue Welthunger-Index untersucht die Ernährungslage in 128 Ländern und bestätigt die deutlichen Rückschritte bei der Hungerbekämpfung. 47 Länder werden bis 2030 noch nicht einmal ein niedriges Hungerniveau erreichen, 28 davon liegen in Afrika südlich der Sahara.

„Unsere Befürchtungen im letzten Jahr haben sich leider bestätigt. Hungersnöte sind zurück und multiple Krisen lassen die Zahl der Hungernden immer weiter steigen. Die Corona-Pandemie hat die angespannte Ernährungslage in vielen Ländern des Südens noch einmal verschärft und Millionen Familien haben ihre Existenzgrundlage verloren. Die größten Hungertreiber bleiben aber Konflikte und der Klimawandel. Die Ärmsten und Schwächsten werden von den Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit. Daher brauchen wir auf der anstehenden Klimakonferenz im November in Glasgow klare und verbindliche Ziele für die Reduzierung des CO₂ Ausstoß sowie finanzielle Unterstützung für die Förderung von Klimaresilienz“, fordert Marlehn Thieme, Präsidentin der Welthungerhilfe.

Mehr als die Hälfte aller unterernährten Menschen lebt in Ländern, die von Gewalt, Konflikt und Fragilität geprägt sind. Wo Krieg herrscht, werden Ernten, Felder und wichtige Infrastruktur zerstört. Die Menschen verlassen ihre Dörfer aus Angst vor Kämpfen und Übergriffen und sind auf humanitäre Hilfe zum Überleben angewiesen. Wo Hunger und Armut herrschen, nehmen aber auch Konflikte zu. Wir brauchen tragfähige politische Konfliktlösungen und eine Stärkung des Rechts auf Nahrung.“ (Quelle: Welthungerhilfe, Pressemitteilung vom 14. Oktober 2021, Bonn/Berlin - Welthungerhilfe stellt Welthunger-Index 2021 vor -)

Bei aller Wertschätzung für die Arbeit der Welthungerhilfe - die Feststellung: „Hungersnöte sind zurück“ - wirkt beschönigend. Fakt ist, im Weltmaßstab gesehen waren die Hungersnöte jedenfalls seit dem Beginn der neoliberalen Revolution - gemeint ist die Periode ab dem '11. September 1973' - nie weg.

John Bellamy Foster und Fred Magdoff

Die US-amerikanischen Ökosozialisten, Prof. John Bellamy Foster und Prof. Fred Magdoff führen aus (Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss, 2012): „Da das kapitalistische System (...) „den Göttern des Profits und der Produktion“ huldigt, statt auf reale Bedürfnisse einzugehen, ist es nicht in der Lage, alle Menschen mit dem Notwendigsten für ein anständiges Leben zu versorgen, in manchen Fällen nicht einmal mit dem Leben selbst. (...) Es ist eine verkehrte Welt: Abstrakte Werte werden über menschliche Wesen gestellt und zum Maßstab dessen gemacht, was als wichtig und produktiv gilt - nicht aber die lebendigen, kreativen Kräfte von Natur und Menschlichkeit. Daraus folgt, dass die verschiedenen Wege zur „Reformierung“ des Kapitalismus, unterstützt von oftmals wohlmeinenden, praktisch denkenden Leuten, die innerhalb der Parameter des im System Zulässigen Dinge verändern möchten, wenig mehr sind als intellektuelle Verrenkungen: Die Leute versuchen, grundlegende Eigenschaften des Systems zu umgehen oder auszubügeln, weil eine wirkliche Alternative aus ihrer Sicht undenkbar ist. In dieser „Umkehrung dessen, was real ist“, (...) , wird der Kapitalismus als wirklicher betrachtet als die Umwelt; und so ist es der Kapitalismus, der im Kontext der Umweltkrise gerettet werden muss, im Gegensatz zur globalen Umwelt selbst. (...) Der Kulturtheoretiker Frederic Jameson hat es einmal so formuliert: Für viele Menschen in dieser Gesellschaft „ist es leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus“. Gerade heraus (mit schonungslosem Realismus) wird im Buch von Foster/Magdoff formuliert: „„Grüner Kapitalismus“ bietet keinen Ausweg aus einem System, das exponentiell wachsen und in dem der Verbrauch an natürlichen Ressourcen, die chemische Verschmutzung, die Menge an verseuchtem Klärschlamm, Müll und vieler anderer giftiger Substanzen weiter zunehmen muss - sogar wenn die Produkte mit äußerster ökologischer Sorgfalt hergestellt und für eine mühelose Wiederverwendung entwickelt werden. Einige dieser Reparaturen werden wahrscheinlich die Geschwindigkeit der Umweltzerstörung abbremsen, aber das Ausmaß der notwendigen Veränderungen lässt all diese Methoden wie ein Tropfen auf den heißen Stein erscheinen.“

Das Problem bei all diesen Ansätzen ist, dass sie es der Wirtschaft gestatten, denselben katastrophalen Kurs fortzusetzen, dem sie gegenwärtig folgen. Die Wirtschaft kann weiter wachsen und wir können weiterhin alles konsumieren was wir möchten (jedenfalls so viel uns Einkommen und Besitz erlauben) - wir können in unseren effizienteren Autos größere Entfernungen zurücklegen, in sehr großen, aber gut isolierten Häusern wohnen, alle erdenklichen von grünen Firmen hergestellten neuen Produkte konsumieren und so weiter. Wir brauchen nur die neuen grünen Technologien zu unterstützen (...) und wir können ziemlich genau wie zuvor weiterleben, in einer Wirtschaft des immerwährenden Wachstums und der Profite.“

Aber genau das ist die sehr gefährliche Illusion des Ökokapitalismus - auch bei allem notwendigen und sinnvollen Einsatz „grüner Technik“!

Foster/Magdoff argumentieren konsequent weiter: „Was reduziert werden muss, ist nicht nur der CO₂-Fußabdruck, sondern der ökologische Fußabdruck. Das bedeutet, dass die wirtschaftliche Expansion weltweit und insbesondere in den reichen Ländern reduziert oder sogar gestoppt werden muss. Gleichzeitig muss in vielen armen Ländern die Wirtschaft expandieren, was einen noch größeren Schnitt bei den ökologischen Fußabdrücken reicher Ökonomien erfordert, um der Entwicklung an der Peripherie Raum zu lassen.“

Die neuen Prinzipien, die wir unter diesen Umständen unterstützen sollten, sind diejenigen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung. Das bedeutet: genug für jeden und mehr nicht. Menschliche Entwicklung würde sicherlich nicht behindert und könnte sogar durch den Schwerpunkt auf der nachhaltigen menschlichen anstatt auf der nicht nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beträchtlich zum Wohle aller verbessert werden.“

Saral Sarkar und Bruno Kern

Der in Indien geborene und in Köln lebende Ökosozialist Saral Sarkar, Mitbegründer der Initiative Ökosozialismus (mit Bruno Kern), stellt den Begriff der 'Zangengriffkrise' vor (Saral Sarkar, Die

Krisen des Kapitalismus - Eine andere Studie der politischen Ökonomie, 2010). In die Thematik ein-
führend vertritt er die These: „Aber letzten Endes müssen die Gesellschaften ökosozialistische
werden, wenn sie nicht in Barbarei versinken wollen. Jedoch wird in keinem Land die Gesellschaft
ökosozialistisch werden, wenn nicht eine Mehrheit der Bevölkerung das will.“ Sarkar setzt zur Ver-
meidung der Barbarei letztlich zwingend die ökosozialistische Gesellschaft voraus - sieht deren
Einsetzung gleichwohl nur unter demokratischen Verhältnissen als realisierbar an. Um zum für ihn
zentralen Begriff der 'Zangengriffkrise' zu gelangen, spricht er kurz die 'inneren Widersprüche
des Systems' an, die auch als „innere Schranke“ des Kapitalismus bezeichnet werden:

„Im (...) habe ich darüber referiert, warum Marx und die Marxisten eine unüberwindliche Krise und
dann den Zusammenbruch bzw. die Abschaffung des Kapitalismus durch das Proletariat erwarteten.
Sie erwarteten all das von den inneren Widersprüchen des Systems. Der Kapitalismus konnte
aber alle solche Widersprüche aufheben, brach nicht zusammen, wurde nicht abgeschafft, weil er
alle seine Gegner mittels keynesianischer Wirtschaftspolitik, des Sozialstaats, der Sozialdemokrati-
schen Parteien und der Gewerkschaften befrieden konnte. Aber er konnte das, weil die Gaben der
Natur, vor allem die Quellen der fossilen Energieträger, üppig flossen.“ Jetzt aber „befindet sich die
Welt in einem Zangengriff, ist gefangen zwischen der Gefahr von Klimakatastrophen und der Ge-
fahr der Erschöpfung der fossilen Energieträger, besonders des Öls.“ Sarkar weiter: „Die (...) Zangengriffkrise
hat aber wenig zu tun mit den inneren Widersprüchen des Systems. Ihre Ursache
liegt in den Naturgesetzen, außerhalb der Kontrolle des Systems. Es sieht nicht so aus, dass der
Kapitalismus diese Krise überleben können.“

Der Theologe und Ökosozialist Bruno Kern formuliert es 2012 so: „Nun aber steht der Kapita-
lismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“
gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: vor den Grenzen des
Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der
ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangengriffkrise“ kann er nicht enttrinnen.“
(Bruno Kern, Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen, Mainz, 7. Mai 2012) (Vgl. - inhaltlich
ausführlicher - unten *Teil 3 (Stellungnahme 2.)*)

Unabhängig davon, dass Sarkar den Zusammenbruch des Kapitalismus wegen seiner inneren
Widersprüche (Zusammenbruchstheorie/„innere Schranke“) nicht feststellt, erklärt er doch unum-
stößlich und unzweifelhaft, dass die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems „wegen der
inneren Logik des Systems - Konkurrenz, Profitmotiv, Wachstumszwang usw. - nicht im Rahmen des
Kapitalismus überwunden werden können. Die bevorstehende, unvermeidliche, weltweite und
lang anhaltende Schrumpfung der Wirtschaften kann nur dann friedlich bewältigt werden, wenn
die Menschheit bereit ist, sich vom Kapitalismus zu verabschieden und, parallel zu dem Schrump-
fungsprozess, eine neu konzipierte sozialistische Gesellschaft aufzubauen.“

Final zeigt sich Saral Sarkar überzeugt: „Denn jede Entwicklung (...) der Produktivkräfte,
Weiterentwicklung der Automation zum Beispiel, würde, wenn sie auch verbreitet angewendet
würde, unweigerlich mehr Ressourcenverbrauch und damit mehr Umweltzerstörung nach sich
ziehen. Das aber ist etwas, was sich die Menschheit nicht mehr erlauben darf.“ 2), 3) und 4)

Papst Franziskus

Hören wir erneut Papst Franziskus in *Laudato si* 193: „Wenn in einigen Fällen die nachhaltige
Entwicklung neue Formen des Wachstums mit sich bringen wird, muss man immerhin in anderen
Fällen angesichts des unersättlichen und unverantwortlichen Wachstums, das jahrzehntelang
stattgefunden hat, auch daran denken, die Gangart ein wenig zu verlangsamen, in dem man einige
vernünftige Grenzen setzt und sogar umkehrt, bevor es zu spät ist. Wir wissen, dass das Verhalten
derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend
ihrer Menschenwürde leben können, unvertretbar ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen
Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen
ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

Klaus Engert

Der Mediziner, Chirurg und Ökosozialist Klaus Engert (Ökosozialismus - das geht!, 2010) referiert die „innere Schranke“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise (ohne diese zu verwerfen) wie folgt: „Im Kapitalismus werden keine Gebrauchswerte erzeugt, sondern Waren, die auf einem inzwischen weltweit ausgedehnten Markt verkauft werden. Für deren Produktion setzt der Einzelunternehmer sein Kapital ein, das er, vermehrt um seinen Profit, wieder hereinbringen muss. Aber Geld kann man nicht essen und nicht trinken, es ist nur von „Wert“, wenn es wieder in den Kreislauf zurückgeführt wird - also reinvestiert wird. Die Masse des verfügbaren Kapitals wächst und wächst, bis für die erzeugte Gütermenge die Nachfrage nicht mehr ausreicht. Das ist dann der Punkt, an dem die dem Kapitalismus inhärenten Krisen ausbrechen. Das Angebot übersteigt die Nachfrage und damit ist ein Teil des investierten Kapitals wertlos, es kann sich nicht mehr „verwerten“, da die Profitrate unter das für die Fortführung der Tretmühle notwendige Maß sinkt.“ Gleichwohl ist auch für Engert die „äußere Schranke“ des Kapitalismus als Ausdruck der finalen Erschöpfung der Natur/Umwelt - des Planeten - durch die kapitalistische Industriegesellschaft die letztlich entscheidende Schranke.

Hinsichtlich der „inneren Schranke“ des Kapitalismus sind in der Darlegung von Engert durchaus Parallelen mit der Argumentation von Robert Kurz (Schwarzbuch Kapitalismus, 1999) festzustellen. Robert Kurz sieht die Dritte Industrielle Revolution als Ausgangsdatum einer permanenten Überproduktionskrise 5) : die massenhaft hergestellten Waren können zu einem erheblichen Teil nicht abgesetzt werden, damit würden sie selbst und die Kapitalien, die für ihre Herstellung eingesetzt wurden, entwertet. Indizien dafür seien unter anderem die Börsenkräche.

Georg Fülberth

Georg Fülberth (G Strich Kleine Geschichte des Kapitalismus, 2008) sieht in der Argumentation von Robert Kurz einen weiteren Versuch, ein kurz bevorstehendes Ende des Kapitalismus zu belegen. Fülberth reagiert wie folgt auf Kurz: „Allerdings kann Kurz nicht belegen, weshalb Kapitalzerstörung zugleich Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise sein soll. (...) Alle Zusammenbruchstheorien haben sich bisher als irrig erwiesen. Sie verwechselten den Übergang von einer Form des Kapitalismus in eine andere mit der Endkrise. Für die Annahme, der Kapitalismus werde sich ökonomisch selbst zerstören, gibt es keinen Anhalt. Als „Betriebsweise“ ist er offenbar sehr robust.“

David Harvey

Zu einer im Ergebnis ähnlichen Ansicht wie Fülberth gelangt David Harvey, US-amerikanisch-britischer Sozialwissenschaftler und Neomarxist (Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln (Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden), 2014):

„Kann der Kapitalismus das gegenwärtige Trauma überleben? Gewiss, aber die Frage ist, zu welchem Preis? Dahinter steckt eine andere Frage. Kann die Kapitalistenklasse ihre Macht angesichts der Flut von ökonomischen, sozialen, politischen und geopolitischen sowie ökologischen Problemen aufrecht erhalten?“ Harvey antwortet eindeutig mit JA. Harvey:

„Dazu wird es jedoch nötig sein, dass die Mehrheit der Menschen die Früchte ihrer Arbeit großzügig den Mächtigen überlässt, auf einen Großteil ihrer Rechte und ihres mühsam erworbenen Vermögens (vom Hauseigentum bis zu Rentenansprüchen) verzichtet und immense Umweltzerstörungen erduldet, ganz zu schweigen von der schrittweisen Absenkung ihres Lebensstandards, wodurch viele derjenigen, die jetzt schon um ihr bloßes Überleben kämpfen, mit dem Hungertod bedroht werden. Für all das dürfte mehr als ein wenig politische Unterdrückung, Polizeigewalt und militarisierte staatliche Kontrolle zur Erstickung von Unruhen nötig sein. Außerdem müssten sich die geografischen Orte und industriellen Schwerpunkte der kapitalistischen Klassenmacht auf tiefgreifende und schmerzhaft Weise verlagern. Wenn wir vom bisherigen Verlauf der Geschichte ausgehen, dann wird die Kapitalistenklasse ihre Macht nur aufrecht erhalten können, wenn sie ihren Charakter verändert und die Akkumulation auf einen neuen Pfad und in neue Räume (wie Ostasien) bringt. (...) Der Kapitalismus wird nicht von alleine fallen. Er muss gestoßen werden. Die

Akkumulation des Kapitals wird nie aufhören. Sie muss beendet werden. Die Kapitalistenklasse wird niemals auf ihre Macht verzichten. Sie muss enteignet werden.“

Harvey geht also davon aus - so verstehe ich Harvey -, dass der Kapitalismus nicht zwangsläufig an einer immanenten „inneren Schranke“ scheitert, sondern eher an seiner äußeren, ökologischen Schranke und an dem gesellschaftspolitischen Veränderungswillen der unter dem Kapitalismus leidenden Menschen/Menschheit.

Ob der Kapitalismus an seiner „inneren Schranke“ (Zusammenbruchstheorie) scheitert oder an seiner „äußeren Schranke“ (Zangengriffkrise) kann an dieser Stelle offen bleiben. Zweifelsfrei ist jedenfalls, dass wir nicht warten können und dürfen, bis der Kapitalismus seine innere oder äußere Schranke erreicht hat. Bis er an die eine oder andere kommt, hat er schon viel zu viel Verheerungen angerichtet, die weder hinnehmbar sind noch reparabel sind - jedenfalls zu sehr weiten Teilen. Die Menschen müssen daher vorher, bevor der Untergang auf die eine oder andere Weise kommt, politisch und gesellschaftspolitisch eingreifen und den Kapitalismus stoppen - oder (zumindest) ggf. (übergangsweise?) eine Art 'gemischter sozialistischer Wirtschaft' akzeptieren!?

Terry Eagleton

Gemischte sozialistische Wirtschaft oder auch die spezielle Form des sogenannten 'Marktsozialismus' wird z.B. von dem britischen Literaturprofessor und katholischen Marxisten Terry Eagleton referiert (Warum Marx recht hat, ullstein, 2012). Sehr stark vereinfacht (!) ist mit Marktsozialismus / gemischter sozialistischer Wirtschaft das Folgende gemeint: Marktsozialismus entwirft eine Zukunft, in der die Produktionsmittel zwar gesellschaftlicher Besitz sind, aber wirtschaftlich autonome Kooperativen miteinander auf dem Markt konkurrieren. Auf diese Weise könnten einige Tugenden des Marktes beibehalten und einige seiner Untugenden beseitigt werden.

Charakteristisch für die gemischte sozialistische Wirtschaft ist: Güter, die von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft sind (Nahrung, Gesundheit, Arzneimittel, Bildung, Transportwesen, Energie, Subsistenzmittel, Finanzinstitutionen, Medien und dergleichen), müssen öffentlicher, demokratischer Kontrolle unterliegen, da diejenigen, die sie verteilen, zu antisozialen Verhalten neigen, wenn sie eine Chance auf höhere Profite wittern. Gesellschaftlich entbehrlichere Güter jedoch, (Konsum- und Luxusprodukte) könnten den Marktoperationen überlassen bleiben.

David Harvey

Die Notwendigkeit/Erforderlichkeit der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als Zielerreichung ist schon deshalb gegeben, weil unstrittig ist, „dass ein ethischer und sozial gerechter Kapitalismus ohne Ausbeutung und zum Wohle aller ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er würde dem widersprechen, was das eigentliche Wesen des Kapitals ausmacht.“ (David Harvey, Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln) Für einen ökologischen („grünen“) Kapitalismus kann nichts anderes gelten, denn auch ein solcher ist Kapitalismus.

Lassen wir uns zum Schluss von zwei weisen Menschen ins Gewissen reden.

Papst Franziskus

„Es gibt noch andere schwache und schutzlose Wesen, die wirtschaftlichen Interessen oder einer wahllosen Ausnutzung auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Ich beziehe mich auf die Gesamtheit der Schöpfung. Wir sind als Menschen nicht bloß Nutznießer, sondern Hüter der anderen Geschöpfe. Durch unsere Leiblichkeit hat Gott uns so eng mit der Welt, die uns umgibt, verbunden, dass die Desertifikation des Bodens so etwas wie eine Krankheit für jeden Einzelnen ist, und wir können das Aussterben einer Art beklagen, als wäre es eine Verstümmelung. Lassen wir nicht zu, dass an unserem Weg Zeichen der Zerstörung und des Todes zurückbleiben, die unserem Leben und dem der kommenden Generationen schaden. (...) Gott wollte diese Erde für uns, seine besonderen Geschöpfe, aber nicht, damit wir sie zerstören und in eine Wüstenlandschaft verwandeln könnten (...).“

Papst Franziskus (Evangelii gaudium Die Freude des Evangeliums 215, Verlag Herder, 2013)

Stéphane Hessel

„Das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen. Wir müssen radikal mit dem Rausch des „Immer noch mehr“ brechen, in dem die Finanzwelt, aber auch Wissenschaft und Technik die Flucht nach vorne angetreten haben. Es ist höchste Zeit, dass Ethik, Gerechtigkeit, nachhaltiges Gleichgewicht unsere Anliegen werden. Denn es drohen uns schwerste Gefahren, die dem Abenteuer Mensch auf einem für uns unbewohnbar werdenden Planeten ein Ende setzen könnten.“

Stéphane Hessel (Empört Euch!, Ullstein, 2. Auflage 2011, S. 19, 20)

Teil 3

Die Umwelt - Enzyklika von Papst Franziskus *Laudato Si*

Im Folgenden wird schwerpunktmäßig aufgezeigt, wie äußerst positiv die Umweltenzyklika von Papst Franziskus aufgenommen wurde. Und es gab auch harsche Kritik von interessierter Seite.

Stellungnahme 1. Dr. Franz Segbers **„... die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde“**.
(micha.links, Heft 2, 2015, S. 8 ff.)

Dr. Franz Segbers, altkatholischer Theologe und Sozialethiker, erklärt in „...die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde“: „Papst Franziskus hat mit seiner neuen Enzyklika „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ zu den sozialen und ökologischen Krisen ungeheure Aufmerksamkeit erregt. Er tritt auf als Anwalt des geschändeten Planeten und der Armen. Die renditegetriebene kapitalistische Wirtschaft und der exzessive Lebensstil der Reichen gefährden die Zukunft des Planeten. „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussion aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (Laudato si 49) In seiner Enzyklika „Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ radikalisiert Papst Franziskus seine bisherige Kritik (=Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“ November 2013) an der herrschenden Wirtschaft und Zivilisation. Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht in der Enzyklika allenfalls Impulse, die „eher Wachstumskritiker und Gegner der Marktwirtschaft erfreuen“. Für das politische Magazin Cicero ist das päpstliche Schreiben eine „antikapitalistische Kampfschrift“ und ein „Frontalangriff auf die Wirtschaftsweise des Westens“. Die Fronten sind klar. Und die aufgeschreckten Kritiker haben durchaus Recht. Denn die Enzyklika fordert in der Tat eine „mutige kulturelle Revolution“ (Laudato si 114), weil das „gegenwärtige weltweite System ... unhaltbar ist“ (Laudato si 61).

A u s g a n g s p u n k t: Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören zusammen. Zentrale Botschaft ist, dass die ökologischen Schäden auf die Produktions- und Lebensweise der Reichen zurückgehen und die Armen darunter zu leiden haben (vgl. u.a. Laudato si 48,93). „Wir wissen sehr wohl, dass es unmöglich ist, das gegenwärtige Konsumniveau der am meisten entwickelten Länder und der reichsten Gesellschaftsschichten aufrechtzuerhalten, wo die Gewohnheit, zu verbrauchen und wegzuwerfen, eine nie dagewesene Stufe erreicht hat. Es sind bereits gewisse Höchstgrenzen der Ausbeutung des Planeten überschritten worden, ohne dass wir das Problem der Armut gelöst haben (Laudato si 27). Dieser Produktions- und Lebensstil stellt eine „ökologische Schuld“ (Laudato si 50) dar, verursacht durch einen exzessiven Rohstoffabbau, der schwere Umweltschäden verursacht und mächtige Länder schieben ihre umweltschädigenden Abfälle und Industrien in andere Länder ab (Laudato si 173). Im renditegetriebenen Kapitalismus kann es im Dilemma zwi-

schen Wirtschaftswachstum und Ökologie keinen „Fortschritt in einem Mittelweg“ (Laudato si 194) geben: „In diesem Zusammenhang sind die Mittelwege nur eine kleine Verzögerung des Zusammenbruchs. Es geht schlicht darum, den Fortschritt neu zu definieren“. In Abgrenzung von irrigen „Mittelwegen“ fordert die Enzyklika: „Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann“ (Laudato si 193). Der Papst fordert, dass die Hauptlasten einer ökologischen Transformation von den Industrieländern getragen werden müssen, denn „die armen Länder müssen notwendig der Ausrottung des Elends und der sozialen Entwicklung ihrer Bewohner den Vorrang einräumen“ (Laudato si 171). Es geht um eine Wahl zwischen zwei Wegen: „Gutes Leben für wenige“ oder „Gutes Leben für alle“, wobei letzteres das überlieferte Wohlstandsmodell in Frage stellt. In diesem Konflikt geht es um zentrale Werte ... wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle. Wer für diese eintritt, muss auch ökologisch denken. Das macht die Stärke der Enzyklika aus: Sie fordert nicht ein bisschen mehr Umweltschutz, kein grünes Wachstum, auch keinen grünen Kapitalismus. Es geht um mehr als Biogemüse oder Biobrötchen. Die ökologisch-soziale Doppelkrise erfordert neue Bündnisse aller Kräfte, um das „Gemeinsame Haus für alle“ so zu gestalten, dass für alle ein Leben in gleicher Freiheit und Würde möglich wird. Der Papst setzt nicht auf die Einsicht der Mächtigen. Er weiß um die „Ablehnung der Machthaber, ... Interessenlosigkeit der anderen. Die Haltungen, welche - selbst unter den Gläubigen - die Lösungswege blockieren, reichen von der Leugnung des Problems bis zur Gleichgültigkeit, zur bequemen Resignation oder zum blinden Vertrauen auf die technischen Lösungen“ (Laudato si 14).

Stellungnahme 2. Bruno Kern, Initiative Ökosozialismus **Der Sonnengesang des Franz von Assisi - Poverello**
(micha.links, Heft 2, 2015, S. 14 und S. 15 ff.)

Bruno Kern wendet sich in „LAUDATO SI Der Sonnengesang des Franz von Assisi - Poverello“ zunächst Franziskus von Assisi zu. Bruno Kern führt über Franziskus von Assisi aus: „Aus reichen Verhältnissen stammend, wurde er bettelarm, lebte mit seinen Gefährten von der Hand in den Mund, ging dahin, wo sonst niemand hinging: zu den Leprakranken außerhalb der Stadt Tore. Franziskus war darin keine singuläre Erscheinung, sondern vielmehr Teil einer sehr breiten Armutsbewegung, die sich im Kontrast zur sich entwickelnden Geldökonomie herausbildete.“ Bruno Kern gibt einen Hinweis auf den großen englischen Historiker Arnold Toynbee (1852 - 1883), der auch wegen seines sozialen Einsatzes für die Arbeiterklasse bekannt war. Toynbee über Franziskus von Assisi: „Um für die nächsten zweitausend Jahre eine bewohnbare Biosphäre zu erhalten, müssen wir und unsere Nachkommen das Beispiel des Pedro Bernardone (des Vaters des hl. Franziskus) - eines großen Stoffhändlers im 13. Jahrhundert, der nur sein eigenes Wohlergehen im Sinn hatte - **v e r g e s s e n** und stattdessen dem Vorbild seines Sohnes (...) nachzueifern beginnen. Das Beispiel, das uns der hl. Franziskus gegeben hat, ist es, das wir Abendländer aus ganzem Herzen nachahmen müssen, denn er ist der einzige Abendländer, der die **E r d e** retten kann.“ Nach dieser Hinführung zu Franz von Assisi stellt Bruno Kern in „Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen“ Ausgangsbehauptungen auf und zur Diskussion. Nach meiner Ansicht decken sich diese Thesen nicht absolut mit den Leitgedanken der Umweltencyklika von Papst Franziskus. Bedeutende inhaltliche (Teil)Schnittmengen zwischen den Thesen von Bruno Kern und Papst Franziskus dürfen jedoch konstatiert werden - vgl. jedenfalls Laudato si 193.

Die Thesen von Bruno Kern:

„Die Geschichte des Kapitalismus war immer schon die Geschichte seiner Krisen. Es liegt in seiner selbstwidersprüchlichen Natur, dass er aus sich heraus Krisen gebiert und seine eigenen Verwerfungsbedingungen untergräbt. Der Kapitalismus hat sich bislang immer als flexibel genug erwiesen,

dass diese Krisen - ungeachtet des hohen Preises, den Mensch und Natur zu zahlen hatten - nicht in seinen Untergang führten. Nun aber steht der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangengriffkrise“ kann er nicht enttrinnen. Die letzte Ursache der aktuellen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise ist eben dieses ans Ende gekommene Wachstum. Das Finanzsystem insgesamt ruht auf der Grundlage von steter Wachstumserwartung auf. Sobald sichtbar wird, dass diese Wachstumserwartung nicht mehr erfüllt werden kann, gerät es notgedrungen ins Wanken. Vor allem mit dem Schlagwort „Green New Deal“ wird heute die Ideologie verbreitet, das kapitalistische Wachstum könne mit anderen technischen Mitteln weitergeführt werden wie bisher. Es wird suggeriert, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch in genügend hohem Maße durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien. Das ist eine der gefährlichsten Illusionen eines „Ökoliberalismus“. Effizienzpotenziale sind begrenzt und unterliegen dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist ebenfalls nicht unerschöpflich. Die Energiedichte, die mit den - gerade wegbrechenden - fossilen Energiequellen gegeben war, kann nicht annähernd erreicht werden. Das heißt, uns wird bei allem notwendigen Einsatz „grüner Technologie“ unterm Strich erheblich weniger Nettoenergie zur Verfügung stehen als heute. Die Wirtschaft wird in Zukunft nicht nur nicht mehr wachsen, sondern zwangsläufig schrumpfen! Politisch stehen wir vor der Alternative, diesen Schrumpfungsprozess über uns hereinbrechen zu lassen oder ihn bewusst politisch zu gestalten. In unserem Sinne heißt das natürlich: ihn gerecht und solidarisch zu gestalten. Die Wirtschaft wird schrumpfen müssen, bis sie einen Zustand des stabilen Gleichgewichts erreicht hat. Ein solcher Schrumpfungsprozess ist aber nicht mehr im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu bewerkstelligen. 9) Schulökonomisch kommt er ja einer tiefen Depression gleich, das heißt: Es wird Kapital in großem Stil vernichtet, ganze Industriebranchen stehen vor dem Untergang, und sinkende Profitraten werden private Investitionen verhindern. Eine schrumpfende Wirtschaft steht im Widerspruch zum Wachstumsimperativ des Kapitalismus selbst. Das heißt, der notwendige industrielle Abrüstungsprozess kann nur noch jenseits des Kapitalismus - und vermutlich auch gegen seinen Widerstand - organisiert werden. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen greifen marktwirtschaftliche Mechanismen nicht mehr. Knappe Ressourcen bedeuten ..., dass wir es ... mit „Verkäufermärkten“ zu tun haben. Es besteht dann die Gefahr schwerwiegender „Fehlallokationen“, das heißt: Knappe Ressourcen fließen nicht da hin, wo wir sie als Gesellschaft als lebenswichtig und wünschenswert empfinden, sondern da hin, wo genügend Kaufkraft vorhanden ist. Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt auch kein Minimum an sozialer Gerechtigkeit mehr garantieren. Das heißt: Anstelle der Marktmechanismen brauchen wir bewusste Planung, Mengenregulierungen, Quotenvergaben, Preiskontrollen etc.“

Für viele von uns, die wir im real existierenden Kapitalismus leben und daran gewöhnt sind in dessen Strukturen/Voraussetzungen zu denken und zu agieren, mag dies in gewisser Weise als düstere Zukunftsenthüllung erscheinen. Aber - wer die Sichtweise / Bewertungen von Bruno Kern seriös in Zweifel ziehen will, muss seinerseits überzeugende Gegenargumente vorbringen.

Stellungnahme 3. Leonardo Boff, Theologe und Philosoph **Schrei der Erde - Schrei der Armen**

(micha.links, Heft 2, 2015, S. 2 ff.)

Der Papst sagt: „Allein dadurch, dass wir die Realität aufrichtig betrachten, können wir sehen, dass unser gemeinsames Haus zerstört wird“ (Laudato si 61). Er verurteilt die vorgeschlagene Internationalisierung des Amazonas, die „ausschließlich den Interessen der Multis dient“ (Laudato

si 38). Er trifft eine klare Aussage von ethischem Belang: „Darum können wir stumme Zeugen schwerster Ungerechtigkeiten werden, wenn der Anspruch erhoben wird, bedeutende Vorteile zu erzielen, indem man den Rest der Menschheit von heute und morgen die extrem hohen Kosten der Umweltzerstörung bezahlen lässt“ (Laudato si 36).

Leonardo Boff fährt fort: „Die Enzyklika widmete das gesamte dritte Kapitel der Analyse „der menschlichen Wurzel der ökologischen Krise“ (Laudato si 101 – 136). Technoscience nährt die falsche Annahme, dass es „eine unendliche Verfügbarkeit von Waren in der Welt gibt“ (Laudato si 106), während wir wissen, dass wir die physikalischen Grenzen der Erde überschritten haben und das viele ihrer Güter nicht erneuerbar sind. Technoscience wurde zu einer Technokratie, die sich zu einer wahren Diktatur entwickelte mit der harten Logik der Dominanz über alles und jeden (Laudato si 108). Die große, heute dominierende Illusion liegt im Glauben, dass die Technoscience alle Umweltprobleme lösen könne. Dies ist ein irreführender Gedanke, denn er besteht darin, „Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind“ (Laudato si 117), „alles steht miteinander in Beziehung“ (Laudato si 120), ein Anspruch, der sich durch die ganze Enzyklika wie ein roter Faden zieht, denn dies ist ein neues, zeitgenössisches paradigmatisches Schlüsselkonzept. Die große Beschränktheit der Technokratie ist der Fakt der „Aufsplitterung des Wissens und der Verlust des Sinnes für die Gesamtheit“ (Laudato si 110). Da die Wirklichkeit viele Aspekte besitzt, die eng miteinander verknüpft sind, schlägt Papst Franziskus eine „ganzheitliche Ökologie“ vor, die über die Umwelt-Ökologie hinausgeht, die wir bereits kennen (Laudato si 137). Sie umspannt alle Bereiche, die Umwelt, die Wirtschaft, das Soziale, das Kulturelle und das tägliche Leben (Laudato si 147 - 148). Nie werden die Armen vergessen, die auch menschliche und sozialökologische lebendige Verknüpfungen der Zusammengehörigkeit und Solidarität miteinander bezeugen (Laudato si 149).“

Leonardo Boff stellt fest: „Es ist das erste Mal, dass ein Papst über das Thema Ökologie im Sinne einer ganzheitlichen Ökologie ... auf solch ausführliche Weise spricht.“

Lassen wir zum Schluss die klare Position des Papstes auf uns einwirken. Auf seiner Lateinamerika-reise hat er im Juli 2015 vor Vertretern der Volksbewegungen gesagt: „Dem Ökosystem werden Schäden zugefügt, die vielleicht irreversibel sind. Die Erde, die Völker und die einzelnen Menschen werden auf fast barbarische Weise gezüchtigt. Und hinter so viel Schmerz, so viel Tod und Zerstörung riecht man den Gestank dessen, was Basilius von Cäsarea den 'Mist des Teufels' nannte. Das hemmungslose Streben nach Geld, das regiert. Der Dienst am Gemeinwohl wird außer Acht gelassen. Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet - wie wir sehen - dieses unser gemeinsames Haus. Ich möchte mich nicht damit aufhalten, die üblen Auswirkungen dieser subtilen Diktatur zu beschreiben - ihr kennt sie. ... Wir sagen Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert anstatt zu dienen. Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde. ...

Es existiert ein System, das trotz der unverantwortlichen Beschleunigung der Produktionsrhythmen, trotz der Einführung von Methoden in Industrie und Landwirtschaft, welche um der „Produktivität“ willen die Mutter Erde schädigen, weiterhin Milliarden unserer Brüder und Schwestern die elementarsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verweigert. Dieses System verstößt gegen den Plan Jesu.“ (micha.links, Heft 2/2015, S. 2)

Teil 4

Zwei Jahrhunderte Marx und Engels - Waren Marx und Engels Vordenker der Ökologiebewegung?

Als Analytiker und Kritiker des Kapitalismus haben Karl Marx und Friedrich Engels Weltruhm erlangt. Unverfänglicher Kronzeuge dafür ist jedenfalls der Verfassungsrechtler und ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde, der 2009 vom „inhumanen Charakter“ des Kapitalismus spricht und davon, dass man sich „der Aktualität der Prognose von Marx nicht entziehen“ könne.

Aber Marx und Engels als Vordenker der Ökologiebewegung - das wirft Fragen auf. Einige Kritiker argumentieren, dass das marxsche Denken im Kern antiökologisch sei und sich direkt in der sowjetischen Umweltverwüstung niedergeschlagen habe (z.B. Victor Ferkiss, John Clark). Andere Wissenschaftler (z.B. Elmar Altvater, David Harvey, John Bellamy Foster) beharren darauf, dass Marx ein tiefes Bewusstsein ökologischen Verfalls (insbesondere hinsichtlich von Fragen der Erde oder des Bodens) besaß, und dass diese Themen in seine grundlegenden Konzeptionen sowohl des Kapitalismus als auch des Kommunismus eingingen und ihn zu einer Vorstellung von Nachhaltigkeit als Schlüsselbestandteil einer jeden zukünftigen Gesellschaft führten. (Foster „Die ökologische Revolution“, 2014)

Gestatten wir uns einen bruchstückhaften, aber dennoch erhellenden Blick auf das ökologische / naturbezogene Denken von Marx und Engels.

Engels hat in seinem Werk „Dialektik der Natur“ etwas formuliert hat, was für den „ökologischen Imperativ“ von Hans Jonas/ Wolfgang Harich („Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“) grundlegend ist: Engels: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. (...) Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbanes Land zu gewinnen, träumten nicht, dass sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirges so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, dass sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, dass sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahres das Wasser entzogen (...). Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“

Zur Zerstörung der Wälder schreibt Marx (Das Kapital, Band 2, MEW Band 24 (Berlin: Dietz-Verlag), S. 247): „Die Entwicklung der Kultur und Industrie überhaupt hat sich von jeher so tätig in der Zerstörung der Waldungen gezeigt, dass dagegen alles, was sie umgekehrt zu deren Erhaltung und Produktion getan hat, eine vollständig verschwindende Größe ist.“

Am Beispiel der Zerstörung der Wälder kann man eine Art „ökologischen Bruch“ erkennen - einen eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“, welches die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichern und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhalten soll. Eine weitere Art „ökologischer Bruch“ hat Marx schon im 19. Jahrhundert wahrgenommen im durch die industrielle Landwirtschaft hervorgerufenen Nährstoffverlust kultivierter Böden in Großbritannien - vgl. Das Kapital, Band 3, MEW Band 25, S. 821.

Marx führt die **n i c h t** nachhaltige Entwicklung zweifelsfrei auf die kapitalistische Produktion zurück: „Aber die Abhängigkeit der Kultur der besonderen Erdprodukte von den Schwankungen der Marktpreise (...), der ganze Geist der kapitalistischen Produktion, der auf den unmittelbaren nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agrikultur, die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat.“ (Das Kapital, Band 3, MEW Band 25, S. 631)

Seine Kritik radikal verschärfend stellt Marx fest: „Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, dass die erste mehr die Arbeitskraft des Menschen, letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, in dem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.“ (MEW Band 23, S. 580)

Mit Blick auf den 'unmittelbaren nächsten Geldgewinn' argumentiert Engels in der „Dialektik der Natur“: „Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, dass die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist ganz entgegengesetzte sind.“ Wo es lediglich um die „Erzielung des nächsten unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit“ geht, können - langfristig - Rückschläge nicht ausbleiben.

Wie Engels den Menschen 'mitten in der Natur stehen' sieht - so beschreibt Marx schon 1844 in seinen „Ökonomischen und Philosophischen Manuskripten“ das Verhältnis von Mensch und Natur derart, dass sich der Mensch nicht von der Natur lösen kann und ihr immer verhaftet bleibt: „Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.“ Damit wird dargelegt, dass für Marx die produktive Tätigkeit des Menschen zugleich immer ein Teil der Produktivität der Natur bleibt.

Marxens Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Produktion um der Produktion willen, welche sich damit maßlos ausdehnt und heute zu einem globalen ökologischen Bruch, einer komplexen, tendenziell irreparablen Erschöpfung der Natur führt, erfährt ihren aufrüttelnden Ausdruck in der These: „Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles gesellschaftlichen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Das Kapital, Band 1, MEW Band 23, S. 529 f). Die Sozialordnung des Kapitalismus ist folglich innewohnend/immanent (im Wesen/'in der Natur' des Kapitalismus selbst angelegt) antiökologisch!

Marx stellt dieser Anti-Ökologie eine Vision und unumstößliche Forderung entgegen: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Das Kapital, Band 3, MEW Band 25, S. 784) Die Forderung von Marx an die *boni patres familias* ist von diesen unverhandelbar zu erfüllen - und zwar im Angesicht des wirklichen globalen Bedrohungsszenarios durch den Klimawandel, die rücksichtslose Zerstörung der Arten, die Übersäuerung der Ozeane, den Ozonmangel in der Stratosphäre, den Frischwasserverbrauch, die veränderte Landnutzung, Landraub, die Luftverschmutzung, die chemischen Verschmutzungen überhaupt, die Bodenschädung in der

industriellen Landwirtschaft etc. Mit lediglich „schmerzlindernden“, jedoch nicht Ursachen bekämpfenden Maßnahmen wird dies nicht erreicht werden können. Wir müssen radikal aufhören mit einer 'Wirtschaft die tötet'! Wir müssen den ökologischen Imperativ von Jonas/Harich konsequent umsetzen!

Wir erkennen: Produktion um der Produktion (Produktivismus) und Konsumtion um der Konsumtion willen waren nicht die Angelegenheit von Marx und Engels. Für die unbestreitbare, unsägliche sowjetische Umweltverwüstung im Stalinismus haben Marx und Engels unzweifelhaft kein Modell geliefert. Ein geschlossenes wissenschaftliches Ökologie-System haben Marx und Engels nicht erstellt. Dazu gab ihre Epoche keinen hinreichenden Anlass. Gleichwohl dürfen Marx und Engels mit Fug und Recht auch heute - und gerade heute - als wegweisende, tiefsinnige Vordenker der Ökologiebewegung angesehen werden.

(Helmut Gelhardt, Internetseite der KAB DV Trier, hier: FORDERN! /Kapitalismuskritik / April 2018)

Teil 5

„Der Kapitalismus wurde ohne Herz geboren.“

Mit diesem Einstiegs-Zitat des argentinischen Bürgerrechtlers Adolfo Pérez Esquivel soll dem hochkomplexen Phänomen 'K a p i t a l i s m u s', und der Kritik an diesem, nachfolgend näher - und von unterschiedlichen Ausgangspunkten her - Schritt für Schritt auf den inhaltlichen Grund gegangen werden.

A)

B e f r e i u n g s t h e o l o g i s c h e S i c h t w e i s e n z u r W i r k u n g s w e i s e d e s K a p i t a l i s m u s -

I.

ausgehend von Jon Sobrino's „Der Preis der Gerechtigkeit - Briefe an einen ermordeten Freund“

Ellacuria plädierte für eine „Zivilisation der Armut“. Ellacuria: „Die Zivilisation der Armut wird als solche bezeichnet wegen ihres Gegensatzes zur Zivilisation des Reichtums und nicht, weil sie eine allgemeine Verarmung als Lebensideal anstreben würde... Sie macht die allgemeine Befriedigung der Grundbedürfnisse zum Entwicklungsprinzip und das Wachsen gemeinsamer Solidarität zur Grundlage der Humanisierung.“ Die Gründe für die Notwendigkeit der Realisierung der Zivilisation der Armut sind nach Ellacuria die folgenden:

1. - adressiert an die Wirtschaftswissenschaftler -

„dass die Erde nicht genügend Ressourcen bereithält, um alle leben zu lassen wie Europäer oder Nordamerikaner. Folglich müssen diese sich einschränken, damit wir alle leben können.“

2. - adressiert an die Prediger und Moralisten der Ersten Welt -

„dass die Überflusgesellschaft nicht auf alle ausdehnbar ist. Deshalb kann sie dem kategorischen Imperativ des alten Kant zufolge auch nicht moralisch sein.“

3. - adressiert an die Neoliberalen -

„dass wir rückwärts schreiten, dass Armut und Ungleichheit zunehmen und das deswegen diese Reichtumsgesellschaft nicht Gutes ist.“

Ellacuria: „Diese Armut ist es, die dem Geist wirklich Raum gibt, der nun nicht mehr erstickt wird von dem Wunsch, mehr zu haben als der andere, vom Wunsch nach jeder Menge Überflüssigem, während dem größeren Teil der Menschheit das Nötigste fehlt.“ (Sobrino, S. 34, 35)

Jon Sobrino stellt hierzu fest: „Es muss auf jeden Fall versucht werden, die Zivilisation der Armut zu verwirklichen, denn ihr Gegenteil, das, was uns der Westen als gut und als Utopie hinstellt, die Zivilisation des Reichtums, gewährleistet nicht das Überleben der Mehrheit und zivilisiert fast niemanden. Ellacu, Du wolltest nicht das Elend verteilen, wie man sarkastisch zu sagen pflegt, sondern der Unmenschlichkeit der gegenwärtigen Zivilisation Kontra geben.“ (Sobrino, S. 35)

„Unweigerlich sind wir vor die Wahl gestellt zwischen einem Leben in der Wirklichkeit oder in der Unwirklichkeit. Jesus zufolge muss man in der wirklichsten Wirklichkeit leben; (...) ; und geschichtlich gesehen sind es die armen Mehrheiten dieser Welt. (...) Dazu im Gegensatz steht das Leben auf den Inseln des Überflusses der Ersten Welt - der großen Ausnahme auf der Erde -, (...). Dieses Leben ist auch (...) hochmütig, denn die Erste Welt (...) setzt einfach voraus: „Die Wirklichkeit sind wir.“ So kann es keine Menschenfamilie geben, sondern nur eine Gattung, deren Glieder sich darwinistisch zueinander verhalten.“ (Sobrino, S. 98/99) Anmerkung/Fußnote 1)

II.

Kann verantwortlich von einem 'Kommunismus der Bibel' gesprochen werden? - Das Manifest des mexikanischen Befreiungstheologen José Porfirio Miranda -

1. Vorspann

Der Titel des Werkes von José Porfirio Miranda „Der Kommunismus der Bibel“ (verfasst 1981 - ins Deutsche übersetzt 2012 - veröffentlicht: Edition ITP-Kompass, Münster 2014) mag vielen Anlass zum 'Ärgernis' geben, andere werden diesen Titel zumindest auf den ersten Blick als 'verwegen' empfinden. Miranda's Kommunismus der Bibel korrespondiert mit seinem Begriff des 'differenzierenden Reichtums'. Nach dem Verständnis von Miranda meint die **A b l e h n u n g** eines 'differenzierenden Reichtums' positiv eine Gesellschaft ohne soziale Gegensätze, ohne soziale Klassen. Diese Vorstellung gründet auch in der Überzeugung - ja Gewissheit, dass 'differenzierender Reichtum' nicht ohne Plünderung und Betrug erreicht werden kann. Miranda stellt jedoch nicht Wohlstand noch Reichtum an sich in Frage, sondern den auf dem Prinzip des Profits beruhenden 'differenzierenden Reichtum', der sich aus dem Leiden und der Ausbeutung anderer speist und eine „differenzierende“ Verfügungsgewalt über die Güter dieser Erde für eine selbsternannte Elite ermöglicht.

2. Im Einzelnen

Ernesto Cardenal hat in seinem Prolog zu Miranda's Manifest folgende Begebenheit geschildert: „Als ich einmal das Benediktinerkloster von Maria Lach besuchte, und mich der Abt fragte, wie es sein könne, dass ich den Kommunismus vertrete, antwortete ich, dass sein Orden doch auch kommunistisch sei, wenn dieser die Regeln des Heiligen Benedikt noch einhielte, der von dem „perversesten Laster des Privateigentums“ sprach.“

Ernesto Cardenal fährt fort: „Die Menschheit war sozialistisch, bis es das Privateigentum gab. Daher hat der Theologe Leonardo Boff Recht, wenn er sagt: „Die sozialistischen Ideale sind dem politischen Wesen Mensch angeboren. Aus ihnen entstehen gefährliche Utopien.“ Zwar wagen viele nicht das Wort 'Marxismus' in den Mund zu nehmen, auch nicht das des Sozialismus und noch weniger das des Kommunismus. (...) Ich glaube, dass es für die Christen keine andere Wahl gibt als den Sozialismus, und ich glaube, dass das 21. Jahrhundert das eines neuen Marxismus und eines erneuerten Christentums sein wird, eines marxistischen Christentums. In diesem Sinne halte ich die vorliegende deutsche Veröffentlichung des Buches „Der Kommunismus der Bibel“ von José Porfirio Miranda für sehr wichtig und zeitlich richtig.“ (Ernesto Cardenal (2012) in Miranda, S. 12, 13)

Zur Begründung seiner Überzeugung bezieht sich Miranda insbesondere auf das Urchristentum und zunächst konkret auf die Apostelgeschichte des Lukas 2: 44-45: „Und alle, die gläubig geworden waren, bildeten eine Gemeinschaft und hatten alles gemeinsam. Sie verkauften Hab und Gut

und gaben davon allen, jedem so viel, wie er nötig hatte.“

„Die Gemeinde der Gläubigen war ein Herz und eine Seele. Keiner nannte etwas von dem, was er hatte, sein Eigentum, sondern sie hatten alles gemeinsam. ... Es gab auch keinen unter ihnen, der Not litt. Denn alle, die Grundstücke oder Häuser besaßen, verkauften ihren Besitz, brachten den Erlös und legten ihn den Aposteln zu Füßen. Jedem wurde davon so viel zugeteilt, wie er nötig hatte. (Apostelgeschichte 4: 32, 34-35).“ (Miranda, S. 25)

„Lukas verfolgt offensichtlich die Absicht, eine fundamentale Regel zu setzen. Es geht hier nicht um einen besonderen Lebensstil, der anders wäre als der der Allgemeinheit der Christen.“ Es geht zweifelsfrei darum: „Wenn sie Christen sein wollten, dann war die Bedingung dafür der Kommunismus. (...) Denn Jesus selbst war Kommunist.“ (Miranda, S. 26)

Miranda will uns zudem bewusst machen, dass auch eine alttestamentarische Verurteilung von differenzierendem Reichtum gegeben ist. Ausgehend von Lukas 1:53 greift er zurück auf Psalm 34:11. „Lukas 1:53 lautet: „Die Hungernden beschenkt Er mit seinen Gaben / und lässt die Reichen leer ausgehen.“ (Miranda, S. 48, 49) In diesem Sachzusammenhang referiert Miranda: „Ein Reich Gottes, in dem die sozialen Klassen aufgehoben sind (Markus 10:25; Lukas 6:20, 24), ein Reich Gottes, in dem Gott so handelt: „Er stürzt die Mächtigen vom Thron / und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben / und lässt die Reichen leer ausgehen“ (Lukas 1:52, 53) bewirkt nicht nur, sondern ist eine politische Transformation größten Ausmaßes. (...) Wenn Lukas bezüglich des Königreiches so zusammenfasst „er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen“ (Lukas 1:52), dann geht es nicht nur um römische Herrscher, es geht um jede herrschende Klasse.“ (Miranda, S. 107, 113).

Warum Kommunismus? Miranda beantwortet diese Frage in aller Deutlichkeit mit seiner Auffassung/Überzeugung: „Weil jedes andere System unmoralisch im strengen Sinne ist. Weil jedes andere System in der gewaltsamen, ständigen Ausplünderung der Mehrheit durch diejenigen besteht, die auf einem höheren Niveau leben und überzeugt davon sind, dass die anderen als niedrigere Wesen geboren wurden. Warum werden die Reichen allein für das Verbrechen verurteilt, reich zu sein? Weil eben genau der Tatbestand, dass sie nicht begreifen, dass sie von Ausplünderung leben, auf Verachtung beruht, die sie davon abhält zu verstehen, dass die Arbeit und Mühe von jedem anderen auch diesem das genau gleiche Recht auf ein gutes Leben gibt.“ (Miranda, S. 70)

Schließen wir die Betrachtung des Werkes von Miranda mit einer *apodiktischen* Gesamtfeststellung: „Es ist nicht möglich, dass in ein und demselben Land die Kriterien für den Einsatz seiner Ressourcen die Bedürfnisse der Bevölkerung und gleichzeitig die *Profiterzielung* für das Kapital sind. (...) Es ist grotesk anzunehmen, dass das Proletariat sich aufgrund einer freien Entscheidung im Kapitalismus befindet – oder dass der Kapitalismus eine Art Nullpunkt sei, die „natürliche“ Situation, die niemandem aufgezwungen wurde.“ (Miranda, S. 31, 32)

„Der Marktpreis muss den Unternehmern immer einen Profit ermöglichen, was bedeutet, dass die Unternehmer bzw. das Kapital den Preis diktieren. Das System erzwingt dieses, denn das System besteht genau darin, dass dem Kapital Profit zusteht.“ (Miranda, S. 53)

„Aber die für uns alle geltende Notwendigkeit ist, für die Befriedigung unserer Bedürfnisse zu arbeiten, nicht zu arbeiten, um einige wenige auf den Knochen aller anderen reich zu machen, so dass schließlich die wenigen alle anderen beherrschen.“ (Miranda, S. 55)

„Nun ist es ja nicht so, als ob die heute auf der Welt verfügbaren Ressourcen nicht ausreichen würden, um genügend Nahrung für alle herzustellen. Technisch wäre das möglich. Aber tatsächlich erlaubt es das System des Kapitalismus nicht, dass die vorhandenen Ressourcen auf die Befriedigung des Bedarfs ausgerichtet werden, da sie der Vermehrung des Kapitals dienen müssen. Wenn

keine mit Kaufkraft ausgestattete Nachfrage zu erkennen ist, die wahrscheinlich einen Profit ermöglicht, dann findet keine Produktion statt. Hinter den tragischsten und dringendsten Notwendigkeiten dieser Welt steht jedoch keine Kaufkraft und so können sie nicht zu Nachfrage werden. Der Kapitalismus hat sich die Ressourcen der Menschheit angeeignet. Er tötet täglich Millionen von Menschen durch Hunger oder lässt sie für ihr ganzes Leben geistig behindert zurück.“ (Miranda, S. 115)

Das 1981 von Miranda verfasste Werk ist in seinen inhaltlichen Ausführungen nach Charakter und Struktur weiter hochaktuell - also gültig. Ja - es kann sehr verantwortbar von einem **Kommunismus der Bibel** gesprochen werden.

III.

Die Schaffung einer gerechten Gesellschaft hat den Wert der Annahme des Gottesreiches - „Theologie der Befreiung“, Bruno Kern, Theologe und Ökosozialist

Bruno Kern benennt zwei hochaktuelle und äußert wichtige Bereiche im Kontext mit der Befreiungstheologie: „Heute ist die Befreiungstheologie zum Beispiel ein wichtiger Teil jenes breiten globalisierungskritischen Bündnisses, das sich in den Weltsozialforen artikuliert. Die Kehrseite dieser gesellschaftspolitischen Relevanz ist allerdings die erbitterte Gegnerschaft bestimmter politischer Kräfte innerhalb und außerhalb der Kirche gegen die Befreiungstheologie und ihre Vertreter, unter die inzwischen zahlreiche Blutzengen um des Reiches Gottes und seiner Werte von Gerechtigkeit und Solidarität willen zu zählen sind.“ (Kern, 2013 (UTB), S. 9)

1. Im Einzelnen - allgemein:

Auch für Bruno Kern besteht kein Zweifel: „Die Schaffung einer gerechten Gesellschaft hat den Wert der Annahme des Gottesreiches, oder - in einer uns vertrauteren Sprachfigur - die Teilnahme am Befreiungsprozess des Menschen ist schon in gewisser Weise Heilswerk.“ (Kern, 2013, S. 32 unter Bezugnahme auf Gutiérrez 1992: 136) Kern bestätigt und bekräftigt diese Ansicht durch die Verwendung eines Zitates von Leonardo Boff: „Immer aber muss klar herauskommen, dass wir uns strategisch für eine Befreiung entschieden haben, in der eine neue Gesellschaft möglich wird, in der Liebe und Geschwisterlichkeit weniger schwierig sind. Das gilt auch dann, wenn wir aufgrund von geschichtlichen Umständen zu rein reformistischen Maßnahmen gezwungen sind. Dies sind dann eben nur taktische Schritte und keine strategischen Ziele. Unser Ziel bleibt die umfassende Befreiung.“ (Kern, 2013, S. 35 (Boff 1982: 192))

Kern wirft die Frage auf: Was heißt „Befreiung“? Wie definiert sich Befreiung? Was ist der Inhalt der Befreiung? Welche Antworten sind zu geben? Zunächst ist Befreiung der Gegenbegriff zu Abhängigkeit. Festgestellt wird: „(...)“, dass die Situation des Massenelends in der Dritten Welt im Wesentlichen das Ergebnis von Strukturen der Abhängigkeit von den Industrieländern ist. Auch nach formaler Beendigung der Kolonialherrschaft blieben die Länder der Dritten auf die Bedürfnisse der Metropolen hin orientiert.“ (Kern, 2013, S. 45)

2. Im Einzelnen - speziell:

Entwicklung der Unterentwicklung / Globalisierungskritik / Wachstumsmodell / Ökologische Zerstörung / Ökonomie der Befreiung / Ökosozialistische Position

„Die Eingliederung der Länder Lateinamerikas in den Weltmarkt begann bereits mit der Kolonialgeschichte im 16. Jahrhundert. (...) Die Ausbeutung der überseeischen Kolonien (Edelmetalle, exotische Stoffe ...) war ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des Handels- und Bankkapitals sowie des Manufakturwesens in Europa. Der Beginn der industriellen Revolution wurde wesentlich durch diese Form der „ursprünglichen Akkumulation“ ermöglicht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verfestigten sich die Strukturen der internationalen Arbeitsteilung. In Lateinamerika war die Produktionsstruktur im Wesentlichen von der Nachfrage des hegemonialen Zentrums geprägt, besser gesagt: verzerrt. Die landwirtschaftliche Produktion spezialisierte sich in diesem

Sinne, es kam zur Herausbildung von Monokulturen, und auch die industrielle Produktion stand völlig unter der Vorherrschaft des Exportsektors. Die Entwicklung eines tragfähigen einheimischen Marktes wird dadurch erschwert. Großgrund- und Minenbesitzer bilden die einheimische Elite. Entscheidend ist, dass die Überausbeutung der Länder der Peripherie, die hohe Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe die Industrialisierung in den kapitalistischen Zentren erst möglich machte. (...) Heute hat sich die Situation vor allem der (...) Schwellenländer (allen voran Brasilien) wesentlich verändert. Unter dem Vorzeichen immer knapper werdender Rohstoffe und entsprechender höherer Weltmarktpreise konnten sie ihre Position gegenüber den traditionellen Industrieländern verbessern. An den Grundstrukturen der Abhängigkeit aber hat sich kaum etwas geändert. Obwohl sich die soziale Situation innerhalb der Länder deutlich verbessert hat, hat die Ungleichverteilung, die interne soziale Kluft, kaum abgenommen. Das - kurzfristig scheinbar erfolgreiche - Wachstumsmodell hat seine Grundlage nach wie vor in einem forcierten Raubbau an den natürlichen Ressourcen.“ (Kern, 2013, S. 56, 57, 59)

a) Die „vorrangige Option für die Armen“ und der „kategorische Imperativ“ von Karl Marx
„Ausgerechnet im Zusammenhang seiner Religionskritik findet sich allerdings die klassische Formulierung seines „kategorischen Imperativs“, der durchaus eine Brücke schlägt zur „vorrangigen Option für die Armen“: „Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“ (MEW 1: 385). (Kern, 2013, S. 63, 64)

b) Die Befreiungstheologie und unterschiedliche marxistische Traditionen
„Die Rezeption unterschiedlicher marxistischer Traditionen durch die Befreiungstheologie lässt eine deutliche Tendenz erkennen: Es sind vornehmlich Theorieelemente eines undogmatischen, kritischen und der Selbstkritik fähigen, methodisch interdisziplinären Marxismus wie etwa der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule. Eine bedeutende Rolle spielt auch der italienische Marxist Antonio Gramsci, der einen großen Teil seines Lebens im Gefängnis zubrachte (...). Für die Befreiungstheologie wurden vor allem zwei seiner Gedanken zentral: die Bedeutung der „kulturellen Hegemonie“ im Prozess der Gesellschaftsveränderung sowie das Selbstverständnis der Theologen als „organische Intellektuelle“. (...) Selbstverständlich gehen die Befreiungstheologen weit über die Klassiker des Marxismus hinaus, wenn es gilt, die Prozesse der gesellschaftlichen Veränderung, die Subjekte gesellschaftlicher Emanzipation und die Grundprinzipien eines partizipativen, basisdemokratischen Sozialismus zu reflektieren. Und in Leonardo Boffs Ansatz einer „Ökotheologie der Befreiung“ (...) zeichnen sich durchaus Konturen eines Ökosozialismus ab, der die „blinden Flecken“ einer marxistischen Tradition deutlich macht, welche sich der Einsicht versperrt, dass nicht nur das kapitalistische Produktionsverhältnis, sondern die Industriegesellschaft insgesamt zur Disposition steht.“ (vgl. vor allem Boff 2012: 184-190) (Kern, 2013, S. 64)

c) Ökotheologie der Befreiung als wichtigste Weiterentwicklung der Befreiungstheologie
Kern misst der Ökotheologie der Befreiung zu Recht immense Bedeutung zu und rückt den Befreiungstheologen Leonardo Boff diesbezüglich in die Mitte seiner Betrachtung. Dabei geht Kern einleitend davon aus, dass diese thematische Weiterentwicklung nichts von den Grundintentionen der Befreiungstheologie preisgibt. „Leonardo Boff kommt das nicht hoch genug zu veranschlagende Verdienst zu, relativ früh erkannt zu haben, dass global gesehen die *dringendste soziale Frage die ökologische Frage* ist. Das Wegbrechen unserer ökologischen Lebensgrundlagen in Zuge einer umfassenden Biosphärenkrise stellt allein von ihrem quantitativen Ausmaß her die größte Bedrohung der materiellen Existenz von Hunderten Millionen Menschen dar. Darüber hinaus bedeutet diese Biosphärenkrise die Gefahr der Auslöschung der Gattung Mensch und einer schwerwiegenden Schädigung der gesamten Biosphäre.“ (Kern, 2013, S. 105)
„Boff weist darüber hinaus darauf hin, dass sich der weltweite Gegensatz von Arm und Reich im unterschiedlichen Zugang zu ökologischen Ressourcen ausdrückt. Weniger als 20 % der Menschheit

verbrauchen mehr als 80 % aller Ressourcen (Boff 2012: 191). *Die vorrangige Option für die Armen muss sich deshalb heute in erster Linie in einer vorrangigen Option für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ausdrücken.* Gesellschaftliche Verhältnisse, die vom Grundprinzip Solidarität getragen sind, haben nicht nur das Recht eines jeden Menschen auf das gleiche Maß an Nutzung der Natur innerhalb der Grenzen ihrer Tragfähigkeit zu garantieren (Konzept des „Umwelt-raumes“ von Hans Opschoor), sondern die Solidarität mit den künftigen Generationen mit einzuschließen.

Analytisch zeigt Boff auf, dass der Massenverelendung in den Ländern der Peripherie und der Ausplünderung der ökologischen Ressourcen dieselbe Logik der Kapitalverwertung als Wurzel zu- grunde liegt. Wenn die Dependenztheorie die Situation der Bevölkerungsmehrheiten in der Dritten Welt vor allem aus den Verwertungsbedingungen des Kapitals in den Ländern des Zentrums erklärt hat (...), so macht Boff auf den dem global durchgesetzten Kapitalismus inhärenten Wachstums- zwang aufmerksam, der der systematischen Ausplünderung der Natur zugrunde liegt. Der Konkur- renzmechanismus bedingt einen Produktivitätswettkampf zwischen den Einzelkapitalien, eine Kapital- akkumulation auf immer höherer Stufenleiter und eine immer energieintensivere, ressourcenver- brauchende Produktion. Bereits Helmut Gollwitzer hat darauf hingewiesen, dass die Forderung nach einer Begrenzung des Wachstums eine das kapitalistische System als solches aufhebende Forderung ist. 2) Diese Analyse macht sich Boff zu eigen. Er macht darüber hinaus deutlich: Im Gegensatz zu früheren Phasen, in denen der Kapitalismus seine immanenten Krisen, die aus seiner Selbstwidersprüchlichkeit resultieren, immer wieder bewältigen konnte, indem er deren Folgen anderen aufbürdete, steht er nun vor einer absoluten, endgültigen Schranke: Die von außen ge- setzte Grenze aufgrund der schwindenden Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und der abneh- menden Tragfähigkeit der Ökosysteme kann das kapitalistische System nicht mehr bewältigen. Es handelt sich schlicht um physikalische Grenzen. Bemerkenswert ist vor allem, dass Boff sich analy- tisch scharf gegen jede Illusion bloß technischer Bewältigungsstrategien wendet (vgl. vor allem Boff 2012: 185-191). Die Täuschungsstrategien eines sog. „grünen Kapitalismus“, der vorgibt, man könne das Wirtschaftswachstum im Sinne des BIP vom Ressourcen- und Energiedurchsatz in genü- gendem Maße „entkoppeln“, entlarvt er gründlich. Detailliert zeigt er auf, dass alle Effizienzstrate- gien dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens unterliegen und dass auch sog. erneuerbare Energien nur ein begrenztes Potential haben. (...) Boff weist auf Georgescu-Roegens Unterschei- dung von „machbaren“ und „lebensfähigen“ Energien hin. Lebensfähig wären nur solche Ener- gieformen, die sich selbst reproduzieren können, das heißt, aus deren Energieoutput man auch die zyklische Erneuerung der Anlagen bestreiten könnte. (...) Boff formuliert seine fundamentale Kritik an einem „grünen“ Kapitalismus nicht zuletzt als Kritik am Konzept der „nachhaltigen Ent- wicklung“ (vgl. etwa Boff 2012: 196-202).

Daraus ergibt sich der Befund, dass eine künftige, solidarische und die Grenzen der Natur berücksichtigende Gesellschaft mit insgesamt wesentlich weniger Nettoenergie und mit wesentlich weniger natürlichen Ressourcen auskommen muss. Damit steht aber nicht nur das kapitalistische Produktionsverhältnis, sondern die Industriegesell- schaft insgesamt zur Disposition. (...) Boff leitet aus diesem analytischen Befund eine klare öko- sozialistische Position ab: „Eine nachhaltige, die elementaren Lebensgrundlagen sichernde Wirt- schaft darf jedoch nicht nur nicht wachsen, sondern sie muss schrumpfen mit dem Ziel, ein ver- trägliches Niveau des 'steady state', das heißt eines stationären Gleichgewichts, zu erreichen. Natürlich ist dies mit der dem Kapitalismus eingeschriebenen Wachstumslogik nicht mehr zu ver- einbaren. Die erforderliche ökonomische Abrüstung kann nur in bewusster Planung erfolgen. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen über- lassen bleiben, sondern muss - auf möglichst demokratische und partizipative Weise - bewusst or- ganisiert werden.“ (Boff 2012: 191) (Kern, 2013, S. 106-108)

B)

**Die Kapitalismuskritik 'von der Wurzel her' hat nicht nur eine Wurzel!
- Unter Mitdarstellung von mit Blick auf die Befreiungstheologie wesensverwandten Konzepten -**

I.

Der Versuch einer biblischen Theologie im Dienst der Befreiung von Dick Boer:

„Erlösung aus der Sklaverei“

1. Vorspann

Der niederländische evangelisch-reformierte Theologe Dick Boer, Hochschullehrer für Systematische Theologie, war Pfarrer der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde in der DDR. Er versteht sich als Repräsentant des 'politischen Lesens' der Bibel. Seinem Versuch einer biblischen Theologie im Dienst der Befreiung gibt er den Titel 'Erlösung aus der Sklaverei' und erklärt uns: „diese Worte aus einem Lied der niederländischen Arbeiterbewegung treffen haargenau, worum es in der Bibel geht. Es könnte ein Zitat sein, so nahe kommen sie dem Kernsatz der Tora (...), die das 'Grundgesetz' bildet für das, was die von der Bibel Angesprochenen glauben können, tun sollen und hoffen dürfen. Dieser Kernsatz lautet: Ich JHWH bin dein Gott, der dich ausziehen ließ aus dem Land Ägypten, aus dem Haus der Sklaverei (Ex 20,2). Er wird gleichsam herbeizitiert, um programmatisch in die Neuzeit eingebracht zu werden.“ (Boer, ZUR EINFÜHRUNG 1, S. 3)

2. Im Einzelnen

a) Vor diesem Hintergrund führt Dick Boer aus: „Diese Befreiungsbewegung, die zuerst die Arbeit von der Herrschaft des Kapitals befreien wollte, ist nicht 'die' Befreiungsbewegung. Denn 'die' Befreiungsbewegung gibt es nicht. Es gibt nur die verschiedenen Befreiungsbewegungen und verschiedene Sprachen, Befreiung auszudrücken. Die Arbeiterbewegung ist nicht denkbar ohne die Sprache der bürgerlichen Revolution. Sie ließ sich erwärmen von ihrer Parole 'Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit', erbt von ihr die Sehnsucht nach dem 'Reich der Freiheit'. (Boer, S. 4)

b) 'Eine Welt, in der kein Mensch mehr ein unmenschliches Leben führen muss' - verlangt nach einer gerechten Ordnung als Grundbedingung der Freiheit. 'Eine gerechte Ordnung' muss sich realisieren „vor allem auf dem Feld der Ökonomie: der Produktion und Verteilung dessen, was ein Mensch braucht, um leben zu können. Und noch mehr, viel mehr als das: offe n b a r wird der Ausblick auf ein Land des Überflusses, einer Welt, in der es mehr als genug gibt für jedermann, eine Gesellschaft, in der es keinem mehr an etwas mangeln wird (Ps 23,1):

Hinausgeführt aus dem Sklavenhaus einer knechtenden Ideologie (...), führt der Weg jetzt ins gelobte Land. (...) Es wird das Land sein, wo alle alles gemeinsam haben (Apg 2,44), wo alle an erster Stelle das Land selber gemeinsam haben:

Das Land darf nicht unwiderruflich verkauft werden

Denn mir (JHWH) gehört das Land (Lev 25,23)

Das Land ist das Lebensmittel, das Produktionsmittel schlechthin. Ohne Land kein Leben oder bestenfalls ein Leben in Abhängigkeit von denen, die das Land besitzen. Das Verhältnis zum Land bestimmt die Lebensweise, bestimmt, wie gelebt werden kann, ja, ob überhaupt gelebt werden kann. Und das Verhältnis zum Land, das ist eine ökonomische Frage: wer kontrolliert die Produktion, wer verteilt die Lebensmittel? Ausschlaggebend ist das Eigentumsverhältnis: wem gehört das Land? Die revolutionäre Bedeutung des 'mir (JHWH) gehört das Land' ist: es ist von niemandem sonst, kein Mensch hat also das Recht zu sagen: dieses oder jenes Land gehört mir. Das Land ist unverkäuflich, es darf unter keiner Bedingung 'privatisiert' (lat. *privare* = rauben) werden.

Das Land bildet die materielle Basis allen gesellschaftlichen Reichtums. Eine Gesellschaft, in der es sozial zugeht, ist deshalb eine Gesellschaft, in der das Land sozialisiert ist. Andere gesellschaftliche Verhältnisse sind zuerst andere Eigentumsverhältnisse. So lange die Produktionsmittel Privatbesitz sind, bleibt die Gesellschaft eine asoziale Angelegenheit, allen guten Absichten zum

Trotz. Erlösung aus der Sklaverei bedeutet konkret: Ankunft im Gelobten *Land*.“
(Boer, S. 92, 93)

c) Von da aus verweist Dick Boer auf den 'befreiten Menschen', in dem Gott gegenwärtig ist. „Ein befreiter Mensch, der sich für eine *solidarische* Gesellschaft einsetzt, in der nicht das Recht des Stärkeren herrscht (...). Die Perspektive ist kommunistisch: alle werden alles *gemeinsam* haben (Apg 4,32).“ (Boer, S. 100, 101-103)

d) Die Logik der Bereicherung durch Verarmung

„Es besteht auch ein großer Unterschied zu der Gesellschaft, in der wir leben. Auch in unserem Gesellschaftssystem verfügt die übergroße Mehrzahl der Menschen nicht über die Produktionsmittel und ist gezwungen, ihre Arbeitskraft anderen zur Verfügung zu stellen. Aber diese Arbeitskraft wird von den Besitzern der Produktionsmittel benutzt, um den Ertrag dessen, was die Erde – und, wer weiß, in der Zukunft das Weltall – zu bieten hat, gigantisch zu erhöhen. Hier wird reale Möglichkeit, wovon die Menschen früher nur träumen konnten: es gibt mehr als genug für alle, die Arbeit bekommt die Leichtigkeit, wie automatisch zu gehen. Die Wirklichkeit aber steht mit dieser realen Möglichkeit in paradoxer Weise in Widerspruch: Menschen kommen um vor Hunger, die Automatisierung 'befreit' Menschen von ihrem Arbeitsplatz. Aber die Paradoxie ist der Kern des Systems selber. Zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der Produktion der Lebensmittel steht die Macht des Kapitals: das Unvermögen, mit diesen Lebensmitteln anders umzugehen als sie mit Profit zu verkaufen. Denn ohne Profit funktioniert das System nicht. (...) Außer Betracht bleibt in der Logik dieses Systems die ganz andere Möglichkeit – einer 'Ökonomie des Genugs', anstatt einer 'Ökonomie des immer Mehr' in den Händen von immer weniger Menschen; einer *anderen* Gesellschaft, in welcher das, was der Eine übrig hat, übrig bleibt für den Anderen, der Mangel leidet; einer Gesellschaft, in welcher der Eine dem Anderen hilft, weil der genau so viel Recht hat zu leben wie er selbst:

*Halte lieb deinen Nächsten,
dir gleich. (Lev 19,18)*

Um diese ganz andere Möglichkeit in den Blick zu bekommen, muss mit der Logik einer Gesellschaft, die auf Großgrundbesitz und Sklaverei basiert, gebrochen werden.“ (Boer, S. 213, 214)

II.

Politische Geschichte der Großen Erzählung von Ton Veerkamp

„Die Welt anders“

1. Vorspann

Der niederländische Philosoph, Theologe und langjährige Studentenpfarrer für ausländische Studierende an Berliner Universitäten befasst sich besonders intensiv mit der Betrachtung der Wurzeln des christlichen Glaubens in den alttestamentlichen Schriften und im Judentum. Sein grandioses Werk „Die Welt anders“ von 2011 / 2013 ist gemäß dem **Vorwort** Veerkamp's „eine Übung in politischer Lektüre. Denn die Große Erzählung war der politische Entwurf des jüdischen Volkes für eine Gesellschaft, in der niemand Sklave und niemand Herr sein soll.“ Auch der rückseitige Klappentext von Veerkamp's Werk „Die Welt anders“ zeigt die zentralen inhaltlichen Punkte prägnant auf:

a) „Eine Welt, in der die Mitglieder der Gesellschaft ihr Leben als Freie und Gleiche autonom bestimmen – darum geht es in den Großen Erzählungen des Judentums und des Christentums, deren Geschichte hier aufgearbeitet wird.“

b) „Die konsequent politische Leseweise lässt die einzelnen biblischen Bücher und Texte neu verständlich werden. Angesichts der heutigen systemischen Krise von Menschheit und Erde bietet Ton Veerkamp's großes Werk die Grundlage dafür, die Sprengkraft der Großen Erzählung Israels und ihrer messianischen Ausweitung auf die Völker wiederzuentdecken – gegen den Tod bringenden

Mammon, für eine Kultur des Lebens in Würde und Solidarität.“ *Junge Kirche*

2. Im Einzelnen

a) Veerkamp führt sogleich am Anfang „mitten in die Dinge“ in Bezug auf die Maxime, dass 'niemand Sklave und niemand Herr' sein soll. Im Kontext der Französischen Revolution des Februar 1848 lässt Veerkamp Gustave Flaubert ausführen: „Also, das Eigentum erstieg im öffentlichen Ansehen das Niveau der Religion und vermischte sich mit Gott. Die Angriffe, die man gegen das Eigentum unternahm, schienen Gotteslästerung zu sein, fast Kannibalismus“. Veerkamp: „Besser kann man es auch heute nicht sagen. (...) Die exklusive Parole der bürgerlichen Gesellschaft heißt jetzt, und ungebrochen seit 1980, *Propriété et Concurrence*, Eigentum und Wettbewerb. Eigentum heißt: mein, *nicht* dein; Konkurrenz bedeutet: ich, *nicht* du. Große Erzählungen sind inklusiv: mein *und* dein, ich *und* du. Nur das politische Gegengewicht durch die Arbeiterbewegung konnte ein Stück Inklusivität einfordern. Durch den Abgang der Arbeiterbewegung von der politischen Bühne erhielten *Eigentum und Wettbewerb* das Monopol des gesellschaftlichen Diskurses.“ (Veerkamp, S. 13, 14)

b) Zurückgehend in die Zeit des antiken Hellas und des antiken Israel fährt Ton Veerkamp fort: „Die Tendenz der Erzählung Israels ist die **klassenlose Gesellschaft**, die Tendenz der griechischen Erzählung ist die Hinnahme der Klassenstruktur, die Sklaverei prinzipiell zulässt, aber ihre Exzesse zähmt. Die Erzählung Israels ist die Ermöglichung von Egalität, die Erzählung Griechenlands ist die Zähmung der Tyrannen.“ (Veerkamp, S. 20)

c) Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen / Pesach, ein Fest der Befreiung
„Pesach ersetzt ein traditionelles Frühlingsfest. Das neue Fest ist die Feier des neuen Namens des Gottes Jerusalems. Der Name Gottes wird nun unlöslich verbunden mit der Befreiung aus dem Sklavenhaus. Pesach ist ein politisches Fest, es ist das Gründungsfest des neuen Staates auf dem Fundament der Freiheit und mit der Tora als Verfassung. Tatsächlich war Pesach als Fest der Sklavenbefreiung für die Stadteliten eine Provokation. Pesach war ein Fest mit einschneidenden sozialpolitischen Folgen und es war ein Fest, das bei der Bevölkerung Jerusalems auf aktive Ablehnung stieß. Sklavenhaltung gehörte zum *normalen* gesellschaftlichen Alltag. Freilassung von Sklaven, gar als Zentralinhalt eines Staatsfestes, war eine revolutionäre Maßnahme. Wer wissen will, was *Konterrevolution* heißt, lese Jer 34.8ff!“ (Veerkamp, S. 43, 44)

d) Egalität

„Die Autonomie ist der notwendige Raum für das andere Strukturelement, die *Egalität*, die Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder. *Egalität* ist der Wesensinhalt der *Autonomie*, wie die *Autonomie* wesentliche Voraussetzung für *Egalität* ist. Autonomie ohne *Egalität* ist nichts anderes als Voraussetzung für die ungestörte Machtausübung lokaler Eliten; *Egalität* ohne *Autonomie* ist nichts als ein machtloses moralisches Prinzip. Zusammen sind sie ein Gesellschaftsentwurf, mit dem sich die altjüdische Gesellschaft von der orientalischen Ausbeutungsnormalität verabschiedet.“ (Veerkamp, S. 49)

III.

Bewegungen und Strategien von Daniel Bensaid

„Eine WELT zu verändern“

1. Vorspann

Daniel Bensaid, Professor der Philosophie an der Pariser Universität VIII (Saint-Denis), Aktivist, 2010 63-jährig verstorben, war marxistischer Philosoph und eine der bekanntesten Persönlichkeiten der französischen Studentenbewegung. Bensaid gehörte einer politischen Strömung an, die es zu seiner Lebenszeit so in der BRD nicht gab. Diese politische Strömung/Gruppe agierte antifaschistisch, vertrat einen undogmatischen Marxismus, war in Gewerkschaften und Betrieben verankert, nahm sozialistische Ökologie genauso ernst wie die Parlamentswahlen und ging aber zugleich von der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung, nicht nur der Produktionsver-

hältnisse, aus - in der Überzeugung, dass eine solche Veränderung einen radikalen Bruch mit dem Bestehenden bedeutet.

(Inhaltliche Basisinformation aus SoZ Sozialistische Zeitung vom 06.02.2010 - von Tariq Ali - und Elfriede Müller (für die jour fixe initiative berlin) in Eine WELT zu verändern, Daniel Bensaid, S. 8)

2. Im Einzelnen - allgemein:

Daniel Bensaid erklärt 'Die Deregulierungen der Welt' : „Weit entfernt von einem befriedeten Planeten und einer neuen Weltordnung, die die Herren der Welt nach dem Fall der Berliner Mauer ankündigten, waren die neunziger Jahre weltweit sowohl von wachsenden sozialen Ungleichheiten zwischen Reichen und Armen, als auch zwischen Frauen und Männern geprägt. Dies führte nicht zuletzt auch im Herzen der imperialistischen Metropolen zu einer neuen Armut, zu Ausgrenzungsprozessen und zum Auseinanderfallen der Städte. Der Rückzug des Staates, wie er vom neoliberalen Fundamentalismus gepredigt wurde, fand ausschließlich als Abbau sozialer Systeme und öffentlicher Solidarität statt, (...) .“ (Bensaid, S. 13, 14)

3. Im Einzelnen - speziell:

Auf die Problematik und den Zusammenhang von Deregulierung, Globalisierung und Ausgrenzungsprozessen vertiefend eingehend fährt Bensaid fort: „Wie Marx es angekündigt hat, nimmt im Zuge der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit und der intensivierten Vereinnahmung der geistigen Arbeit in den Arbeitsprozess, die Reduzierung aller Gegenstände und sozialen Verhältnisse auf die abstrakte Arbeitszeit, immer elendigere und irrationalere Formen an. Diese soziale und ökologische Krise drückt sich sowohl in Ausschlussprozessen und Massenarbeitslosigkeit aus (statt dass die Produktivitätszunahme allen zugute käme), als auch in der Unfähigkeit des Marktes, der Menschheit dauerhaft natürliche Reproduktionsbedingungen zu garantieren.

Dieses Missverhältnis innerhalb der sozialen Welt verbindet sich mit der Deregulierung des Raumes und den politischen Verfahren unter dem Einfluss der Globalisierung der Märkte, d.h. der erweiterten Reproduktion des Kapitals und der teuflischen Beschleunigung des Kapitalumschlages. Die Zeit der Demokratie ist sowohl durch den Vorrang und die Willkür der Märkte, als auch durch die Langzeitschäden der Ökologie bedroht. Die ökonomischen, politischen, rechtlichen und ökologischen Räume sind auseinander gedriftet. Die Nähte des Staates und der Nation reißen, die territoriale Souveränität löst sich auf. Die innere Rechtsprechung gibt dem unberechenbaren Druck einer äußeren Rechtsprechung nach, ohne dass sich neue demokratische oder auch nur halbwegs anerkannte Maßstäbe von Souveränität ergeben würden. In diesem gefährlichen Übergang zwischen „nicht mehr“ und „noch nicht“ wächst die Ungerechtigkeit.“ (Bensaid, S. 16)

a) Anschließend betrachtet Bensaid noch näher/konkreter Erscheinungsformen und das Wesen/ die Substanz des **sozialen Ungleichgewichts**. „Für den Chef der Chicago Boys und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Milton Friedman, ist die Frage des Eigentums nicht (...) überholt (...): „Die entscheidende Frage ist nicht zu wissen, ob der Markt eine Rolle spielt oder nicht. Alle Gesellschaften bedienen sich des Marktes. Der entscheidende Unterschied ist der des Eigentums.“ Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Figur des I o h n a b h ä n g i g e n A k t i o n ä r s einer friedlichen V e r g e s e l l s c h a f t u n g des Eigentums gleichkomme, denn dieses ist s o k o n z e n t r i e r t wie niemals zuvor. Mehr als jemals zuvor, befiehlt der, der besitzt.

Auf weltweiter Ebene bedeutet die Globalisierung eine Konzentration ohne Gleichen, sowohl des Privateigentums (der Produktionsmittel, der Informationen und des Tauschs) als auch der Entscheidungskompetenzen und Zwangsmittel. Es schlägt die Stunde der Verwertung und Privatisierung der ganzen Welt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Privatisierung der Industriebetriebe und der Dienstleistungen, sondern auch des Lebens, des Wissens, des Wassers, der Luft, des Raums, des Rechts, der Information, der Solidarität und ebenso um eine Privatisierung der Gewalt und des Krieges (mit der Börsennotierung von Söldnerfirmen). Diese neoliberale Gegenreform nährt eine vierfache Krise: sozial, ökologisch, demokratisch, ethisch. Sozial: Die Konkurrenz aller

gegen alle zerstört soziale und zivile Beziehungen. Ökologisch: Die kurzsichtige Willkür des Marktes unterminiert langfristig die Produktionsbedingungen der Gattung. Demokratisch: Die Privatisierung reduziert den öffentlichen Raum auf ein Minimum und entleert die politische Debatte ihrer Inhalte. Ethisch: Der biotechnologische Alptraum des Marktes nährt Zweifel, zu welchen Vertretern der menschlichen Gattung wir werden sollen. Die Frage des Eigentums lässt sich nicht auf eine juristische oder technische Form der ökonomischen Verwaltung reduzieren. Sie bestimmt die Trennung der Arbeitenden von den Produktionsmitteln, ist solidarisch mit der Logik des Marktes und der Kapitalakkumulation, huldigt dem Warenfetisch und der Verdinglichung der sozialen Beziehungen.

In dem Maße, wie das Verhältnis des Eigentums, auf dem das Wertgesetz beruht, mit der wachsenden Vergesellschaftung der Arbeit und der steigenden Einbeziehung der geistigen Arbeit, die der gesellschaftlichen Tätigkeit zugeordnet wird, in Widerspruch gerät, wird dieses Problem explosiv. Dies hat Marx bereits in seinen Grundrissen von 1857/58 vorausgesehen: „Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint eine miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts.“ Die Steigerung dieses, den kapitalistischen Produktionsprozess ausmachenden Widerspruchs, ist der Ursprung der Deregulierung der Welt, ihrer wachsenden Unvernunft, der sozialen und ökologischen Schäden.

Eine alternative Logik, die sich gegen die Verwertung und die private Aneignung der Welt richtet, kann sich nicht auf eine einzige Maßnahme beschränken, egal wie einschneidend sie auch sein mag. Sie kann nur durch einen neuen Schwung der sozialen Aneignung und durch eine beispiellose Ausdehnung der gesellschaftlichen Güter erfolgen. Sie setzt Folgendes voraus: eine steuerliche Revolution, eine Revolution der permanenten Bildung, eine radikale Senkung der Arbeitszeit, ein Absterben der sozialen Arbeitsteilung, eine Reorganisation der Lebensrhythmen (nicht nur der alltäglichen oder wöchentlichen Arbeitsrhythmen, sondern ihrer Neudefinition innerhalb eines Arbeitslebens), ein Recht auf Einkommen und Dienstleistungen im Sinne eines Absterbens der Geldverhältnisse, einen massiven Übergang von Privateigentum in öffentliches und individuelles Eigentum.“ (Bensaid, S. 25-27, 35, 36)

b) Jedenfalls bereits 2003 hat Daniel Bensaid den Zusammenhang des sozialen Ungleichgewichts mit dem **ökologischen Ungleichgewicht** in beachtlicher Weise thematisiert. Er schreibt **2003**: „Das ökologische Gefälle in der Welt überlagert das soziale Gefälle und verstärkt es sogar. Deutsche und kanadische Forscher haben ökologische Kriterien erarbeitet, nach denen der internationale Naturfond die Flächennutzung der produktiven Ressourcen der Erde und der Meere bemessen sollte, die von den einzelnen Menschen dieses Planeten verbraucht werden. Dieser „ökologische Fingerabdruck“ hat ein katastrophales ökologische Gefälle offenbart. 9,5 ha für den US-Bürger gegen 0,5 ha für den Bürger Mozambiques; 1,4 ha im Durchschnitt für einen Afrikaner gegenüber 5-6 ha für einen Europäer. Um ihren aktuellen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, benötigen die Niederlande Ressourcen, die die Fläche ihres eigenen Staatsgebietes 15fach übersteigt. Die reichen Länder transferieren ihre Abfälle und ihre Umweltverschmutzung in die Länder Afrikas oder Asiens, die zu Müllhalden der produktivistischen Moderne verkommen.“ (Bensaid, S. 36)

(Gemäß **Global Footprint Network 2016. National Footprint Accounts, 2016 Edition.** liegt der Ökologische Fußabdruck der USA bei 8,22 ha, von Mosambik bei 0,87 ha, von Kuba bei 1,95 ha, der Niederlande bei 5,28 ha und von Deutschland bei 5,3 ha. (Die Maßeinheit ist globaler Hektar pro Kopf/Person(gha).) Der weltweite Durchschnitt liegt bei 2,75 gha. Ein Land, das mehr als 1,73 gha pro Person verbraucht, hat einen Ressourcenbedarf, der weltweit nicht nachhaltig ist, wenn alle Länder gleichzeitig diesen Verbrauch überschreiten würden.

Und durch Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman wissen wir: „Der ökologische Fußabdruck eines Landes, der jährlich vom Global Footprint Network geschätzt wird, misst die Fläche, die für die Erzeugung der von der Bevölkerung verbrauchten Waren und Dienstleistungen benötigt wird. Kein Wunder, dass dieser Wert für Länder mit hohem Wohlstand viel größer ist.“ („Wir sind dran Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen“, Ernst Ulrich von Weizsäcker Anders Wijkman, Pantheon Verlag, 2019, S. 95))

Bensaid: „Dieser ökologische Imperialismus verdoppelt die Auswirkungen des klassischen Imperialismus. Die Logik der kurzfristigen finanziellen Rentabilität, die heute die Kapitalakkumulation regiert, kann natürlich die ökologischen Ungleichheiten in der Welt nur verstärken. (...) Die Lösung, die sich die reichen Länder auf den verschiedenen Gipfeltreffen dieser Erde vorstellen, besteht darin, einen Transfer des „ökologischen Kapitals“ durch die Einrichtung eines Marktes für Verschmutzungsrechte zu veranlassen: Die armen Länder würden den reichen Ländern das Recht verkaufen, ihren **Überkonsum an Energie aufrechtzuerhalten** und damit einhergehend auch die ökonomische Unterentwicklung und die technologische Abhängigkeit der dominierten Länder.“ (Bensaid, S. 36, 37)

Im Folgenden geht Bensaid der Frage nach: *Ökologie als neue Ökonomie ?*

„Heute steht fest, dass das Wachstums- und Konsummodell der reichsten Länder nicht auf den gesamten Planeten übertragbar ist. Wenn die sozialen Zeitläufe der durch die Kapitalakkumulation regierten menschlichen Geschichte sich von den natürlichen Reproduktionskreisläufen lösen, wird die ökologische Krise unausweichlich. Die dem Ökosystem zugefügten Schäden erreichen ein unumkehrbares Ausmaß.“

Die Konflikte zwischen der ökonomischen Logik (des Kapitals) und der ökologischen Logik sind Ausdruck der Trennung dieser beiden asynchronen Zeitläufe: Die eine wird durch die Zyklen des Kapitals und die andere durch die Speicherung und Entsorgung von Energie bestimmt. Das Kapital lebt in den Tag, ohne sich um das Morgen zu kümmern. Höchstens eine despotische Bürokratie wäre in der Lage, mit dieser kurzsichtigen Verwaltung zu konkurrieren. Die Marktwirtschaft ist die Seifenblase einer partiellen Rationalität, die auf Kosten einer erweiterten Rationalität der Biosphäre funktioniert. Produktions- und Konsumtionsweise stehen zur Disposition, da soziale und ökologische Krisen eng miteinander verknüpft sind.

Die Ökologie besitzt eine Vernunft, die von der kapitalistischen Unvernunft ignoriert wird. Man sollte konsequenterweise die ökologische Pflege des Planeten nicht den blinden Prozessen der Märkte anvertrauen, auch wenn es sich um einen „grünen Markt“ handeln sollte.

Zwischen der Marktlogik, für die die Arbeitszeit das Richtmaß aller Dinge darstellt, und dem sozialen Verhältnis zu natürlichen Reproduktionsbedingungen in Zeit und Raum kann es kein gemeinsames Maß geben. Die Sprache der Biosphäre ist nicht in die Sprache der Währungen übertragbar. Die Wahrnehmung der Marktwirtschaft als geschlossenes System beinhaltet eine Spaltung zwischen internen und externen Faktoren. Die äußeren Faktoren werden als Fehler oder Abweichungen in Bezug auf ein Ideal der Konkurrenz behandelt. Die Versuche, sie zu integrieren, gaben sich damit zufrieden, die erforschten Umweltbeeinträchtigungen analog zu den Kriterien des Marktes zur Kenntnis zu nehmen, anstatt sie als der Biosphäre langfristig zugefügte Schäden anzuerkennen. Entgegen den Versuchen einer sozialen oder moralischen Ökonomie drängen die Konkurrenzlogik und die Profitmaximierung die privaten Unternehmer ständig dazu, ihre Kosten auszulagern und die Gewinne zu behalten.“ (Bensaid, S. 43, 44)

c) Ergreifung der Macht oder Verzicht auf Machtergreifung ?

Perspektive einer revolutionären Möglichkeit oder Verweigerung ?

Wer das **soziale und ökologische Ungleichgewicht** beseitigen/überwinden will, muss sich mit der **Machtfrage** auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung leisten die

Protagonisten **Daniel Bensaid** und **John Holloway** mit politisch-inhaltlich stark gegensätzlichen Positionen. Der in Mexico lebende Marxist **John Holloway** hat seine Programmatik zur Machtfrage in seinem Buch „Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen“, Münster, 2002 (2004) dargelegt. John Holloway: „Im Anfang ist der Schrei. Wenn wir schreiben oder lesen, vergessen wir schnell, dass im Anfang nicht das Wort ist, sondern der Schrei. Angesichts der Verstümmelung des menschlichen Lebens durch den Kapitalismus, ein Schrei der Trauer, ein Schrei des Entsetzens, ein Schrei des Zorns, ein Schrei der **V e r w e i g e r u n g**: **NEIN.**“ (S. 10).

(Zitiert nach: Erlösung aus der Sklaverei, Dick Boer, 2008, Edition ITP-Kompass, Münster, S. 84, 85, Fußnote 14)

Dazu führt Bensaid unter der Zwischenüberschrift *Die Erbsünde: Der Etatismus* aus: „Zu Beginn war der Schrei. Holloway geht von einem unbedingten Widerstandsimperativ aus: Wir schreien! Nicht nur aus Wut, sondern auch aus Hoffnung. Wir stoßen einen Schrei aus, einen Schrei dagegen, einen negativen Schrei des Aufbegehrens und der Dissidenz, den Schrei der Zapatisten aus Chiapas: „Ya Basta! Jetzt reicht es!“. Das erklärte Ziel seines Buches ist, die Negativität zu stärken, sich mit der Fliege, die im Spinnennetz gefangen ist, zu verbinden, um den Schrei noch schriller werden zu lassen. Was Holloway zufolge die Zapatisten eint, ist nicht eine gemeinsame Klassenzusammensetzung, sondern eine negative Gemeinschaft im Kampf gegen den Kapitalismus. Es handele sich dabei um einen Kampf, der sich gegen ein aufoktroiertes Leben richte. Dabei sei es nicht nötig, an ein Happyend zu glauben, um die Ablehnung der gegenwärtigen Welt zu rechtfertigen. Wie Foucault orientiert sich auch Holloway an den multiplen Widerständen, die von dem binären Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht zu trennen sind.“

(Nancy Cardoso, *Pastorin der Methodistischen Kirche in Brasilien, Theologin, Philosophin und Religionswissenschaftlerin, erläutert uns zum Zapatismus*: „Die zapatistische Erfahrung in Mexico war einer der „Orte“ der Debatte in Lateinamerika über die Definition des marxistischen oder nicht-marxistischen Charakters des laufenden revolutionären Prozesses. Viele der bäuerlichen und indigenen Bewegungen lassen sich nicht leicht in die klassischen Kategorien des Marxismus einbetten, aber sie können nicht ohne dessen analytische, interpretative und organisatorische Achsen verstanden werden. „Diese Bewegungen, genauer gesagt die zapatistische Bewegung, steht dem Marxismus nicht gegenüber, sondern sieht die Möglichkeit, ihn sowohl praktisch als auch theoretisch zu reintegrieren und sich ihm von ihren eigenen Widersprüchlichkeiten her zu öffnen, die Möglichkeit, dem Marxismus einen uneingeschränkten Charakter der Aktion und der Interpretation zu gewähren (...).“ (Tagarelli 2009)

(Cardoso, Nancy in „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“, 2018, S. 221-223))

Zurück zu Daniel Bensaid: „Doch genügt der Urschrei nicht. Warum haben all diese Schreie, diese Millionen Schreie, die so oft vernommen wurden, der despotischen Ordnung des Kapitals, die arroganter auftritt als jemals zuvor, bis heute nichts anhaben können? Holloway antwortet, dass der Wurm von Anfang an in der Frucht gewesen sei, die (theoretische) Untugend sich in der emanzipatorischen Tugend eingenistet habe: Dass die Welt über den Staat zu verändern sei, habe das dominante Paradigma des revolutionären Denkens bestimmt, das sich seit dem 19. Jahrhundert einer instrumentellen und funktionellen Vision des Staates untergeordnet habe. Die Illusion, die Gesellschaft durch das Mittel des Staates verändern zu können, sei mit der überholten Idee einer staatlichen Souveränität verbunden gewesen. Wir hätten schließlich gelernt, dass „die Welt durch den Umweg über den Staat nicht veränderbar ist“. Der Staat sei nur „als Knoten in einem Netz gesellschaftlicher Verhältnisse“ existent.

Dieser Staat - der nicht mit der Macht zu verwechseln ist - definiere nur die Teilung zwischen Staatsbürgern und Nichtstaatsbürgern: den Fremden, den Ausgeschlossenen, denjenigen, denen die Welt die Zugehörigkeit verweigert (Gabriel Tarde), oder dem Paria (Hannah Arendt). Er ist also, wie sein Name schon nahe legt, „ein Bollwerk gegen Veränderung, gegen den Fluss des Tuns“, oder

auch „die Verkörperung von Identität“. Er ist kein Gegenstand, den man sich aneignen könnte, um ihn gegen diejenigen zu wenden, denen er gestern noch angehörte, sondern eine soziale Form, oder besser noch, ein Formationsprozess der sozialen Verhältnisse: ein Prozess der Verstaatlichung des sozialen Konflikts. Zu behaupten, man kämpfe mit dem Mittel des Staates, führe unweigerlich zur eigenen Auflösung. (...) Die zapatistische Herausforderung hingegen bestehe darin, die Revolution vor der staatlichen Illusion und der Illusion der Macht zu retten.“

Bensaid: „Holloway reduziert die umfassende, jahrhundertealte Geschichte der Arbeiterbewegung, ihre multiplen Erfahrungen, ihre konstitutiven großen Polemiken auf die Einbahnstraße des Etatismus. Das dominante Paradigma des revolutionären Denkens besteht ihm zufolge in einem funktionalistischen Etatismus. Durch einen historischen und ideologischen Handstreich steckt Holloway unter dem elastischen Begriff des revolutionären Denkens die klassische Sozialdemokratie (symbolisiert durch Noske und Ebert) und die stalinistische Orthodoxie unter einen Hut. Er geht, mir nichts dir nichts, über eine umfangreiche kritische Literatur gegen den Staat, von Lenin und Gramsci bis zu den heutigen Polemiken und den Beiträgen von Nicos Poulantzas oder Elmar Altvater, hinweg.

Die gesamte Geschichte der revolutionären Bewegung auf eine Unglücksgenealogie einer „theoretischen Abweichung“ zu reduzieren, erlaubt vielleicht die Geschichte mit Engelsflügeln zu überfliegen, aber mit dem Risiko, sich dabei den reaktionären Thesen eines Francois Furet oder Stephane Courtois anzuschließen, die zwischen der Oktoberrevolution und dem bürokratischen Thermidor eine strikte Kontinuität behaupten.“ (Bensaid, S. 119-121)

Die Zwischenüberschrift „*Die dringende Unmöglichkeit der Revolution*“ leitet die Gegenposition von Bensaid zur Auffassung von Holloway über 'Revolution' und 'Macht' ein. „Holloway schlägt vor, auf das Konzept der Revolution als Frage, nicht als Antwort zurückzukommen. Der Einsatz der revolutionären Veränderung sei nicht mehr die Übernahme der Macht, sondern ihre schlichte Existenz: „Das Problem des traditionellen Konzepts der Revolution liegt vielleicht nicht darin, dass es sich ein zu hohes, sondern, dass es sich ein zu niedriges Ziel gesetzt hatte.“ (Holloway, S. 31.) Denn die einzige Form, die Revolution heute noch zu denken, wäre nicht die Eroberung der Macht, sondern ihre Auflösung. Die Zapatisten würden nichts anderes anstreben, wenn sie behaupten, eine humane und würdevolle Welt zu begründen, ohne die Macht übernehmen zu wollen. Diese Bestrebungen waren - wenn sie nicht versuchten, die Macht zu übernehmen - bis heute auch nicht sehr erfolgreich darin, die Welt zu verändern. Dieser Schwierigkeit bewusst, gibt sich Holloway dennoch (dogmatisch?) damit zufrieden, zu behaupten, dass es die einzige Alternative sei.“

Bensaid: „Diese unwiderlegbare Sicherheit bringt uns nicht weiter. Wie die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen?“

Der Standpunkt von John Holloway: „Ganz wie am Anfang des Buches, wissen wir es auch am Ende nicht. 'Fragend gehen wir voran', sagen die Zapatisten. Wir fragen nicht nur, weil wir den Weg nicht kennen (wir kennen ihn nicht), sondern auch, weil das Fragen nach dem Weg Teil des revolutionären Prozesses selbst ist.“ (Holloway, S. 248.)

Bensaid: „Hiermit sind wir im Zentrum der Debatte. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts wissen wir nicht, wie die zukünftigen Revolutionen aussehen könnten. Aber wir wissen, dass der Kapitalismus nicht ewig ist und dass es dringlich ist, sich von ihm zu befreien, bevor er uns zerstört. Das ist das erste Argument für eine Revolution. Es drückt die wiederholte Hoffnung der Unterdrückten auf ihre Befreiung aus.

Diejenigen, die behauptet haben, die Eroberung der Macht zu ignorieren, wurden oft von ihr eingeholt: Sie wollten sie nicht erobern, die Macht hat sie erobert. Und diejenigen, die glaubten sie zu umgehen, zu vermeiden, ihr auszuweichen, sie einzukreisen, sie zu umgarnen ohne sie zu erobern, wurden oft von ihr zerquetscht. Ja, zur Öffnung für das Ungewisse, das Holloway fordert. Nein zu dem großen Sprung vorwärts in die strategische Leere!“ (Bensaid, S. 126-129)

Bensaid kritisiert weiter *Das Gespenst der Anti-Macht* Holloway's.

Bensaid: „Um das von der Sphinx Kapital gestellte strategische Rätsel zu lösen, wird das Passwort der Anti-Macht vorgeschlagen: „In diesem Buch wird die absurde und schemenhafte Welt der Anti-Macht untersucht.“ (Holloway, John: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*. Münster 2002, S. 53.) (...) Holloway: „Häufig war die Vorstellung von der revolutionären Bewegung eine spiegelbildliche Darstellung der Macht: Armee gegen Armee, Partei gegen Partei, was dazu führte, dass sich die Macht selbst in der Revolution reproduziert. Anti-Macht ist deshalb keine Gegenmacht, sondern etwas sehr viel Radikaleres: Es ist die Auflösung instrumenteller Macht, die Emanzipation kreativer Macht.“ (Holloway, S. 51 und 52.) “ Bensaid kontert scharf: „Es sei mittlerweile klar geworden, dass die Macht nicht zu übernehmen ist, dass es sich dabei weder um das Eigentum einer Person noch um eine bestimmte Institution handelt, sondern dass sie in der Fragmentierung der sozialen Beziehungen besteht. An diesem erhabenen Punkt angekommen, betrachtet Holloway den Stand des ausgeschütteten, schmutzigen Badewassers und wirkt beunruhigt darüber, einige Kinder gleich mit ausgeschüttet zu haben.“ (Bensaid, S. 131, 132)

Bensaid bezeichnet Holloway's Zapatismus als *imaginären Zapatismus*.

„Die Quelle der **Holloway'schen** Inspiration ist der Zapatismus. **Sein** Zapatismus erscheint jedoch imaginär, ja sogar mystisch. Denn er nimmt weder die Widersprüche, noch die Schwierigkeiten und realen Hindernisse zur Kenntnis, die der Bewegung seit dem zapatistischen Aufstand vom 1. Januar 1994 innewohnen. Der erneuernde Charakter der zapatistischen Kommunikation und der Theorie ist unleugbar.

Akzeptieren wir zunächst Holloways Hypothese einer Revolution ohne Machtübernahme. Diese Formulierungen sind komplexer und widersprüchlicher als es scheint. Man kann darin eine Form der Selbstkritik des bewaffneten Kampfes aus den sechziger und siebziger Jahren erkennen, der militärischen Hierarchie, des autoritären Verhältnisses gegenüber den sozialen Bewegungen, der populistischen Deformationen. Auf dieser Ebene markieren die Texte von Marcos und die *Kommuniqués* der zapatistischen Armee eine begrüßenswerte Wende, die an eine verdrängte Tradition des „Sozialismus von unten“ und der populären Selbstbefreiung anknüpft: Es geht nicht darum, die Macht für sich selbst zu ergreifen (Partei, Armee oder Avantgarde), sondern dazu beizutragen, sie der Bevölkerung zurückzugeben und dabei die Differenz deutlich zu machen zwischen den eigentlichen Staatsapparaten und den Macht-(oder Mikromacht-)Verhältnissen, die tief in allen Ausprägungen der sozialen Verhältnisse eingeschrieben sind.

Auf einem anderen Niveau weist der zapatistische Diskurs über die Macht auf ein diskursives Manöver hin. Die Zapatisten erklären, dass sie die Macht gar nicht wollen und sind sich gleichwohl bewusst, dass die Umwälzung der Zentralmacht und der herrschenden Klasse in Mexico auf nationaler Ebene sehr schwierig zu erreichen ist. (Das Land hat eine gemeinsame Grenze von 3000 km mit dem imperialen amerikanischen Giganten.)

Auf einer dritten Ebene verneint der zapatistische Diskurs die Bedeutung der Macht. Holloway zufolge reproduziert diese theoretische Position die Dichotomie zwischen Zivilgesellschaft (den sozialen Bewegungen) und der politischen Institution der Wahl. Die erste würde Druck auf die Institutionen ausüben (Lobbyarbeit), bei denen davon ausgegangen wird, dass man sie nicht verändern kann. (...)

Zapatistische Praxis schlittert berechtigterweise zwischen verschiedenen Klippen, da sie sich innerhalb der nationalen, regionalen und internationalen Kräfteverhältnisse bewegt. Die Zapatisten wissen genau, dass sie Zeit gewinnen wollen. In ihren Texten relativieren sie die Machtfrage, aber sie können die real existierende Macht der mexikanischen Bourgeoisie und Armee oder die des „Kolosses des Nordens“ nicht ignorieren, der die Gelegenheit nicht versäumen wird, den zapatistischen Aufstand wie die kolumbianischen Guerillas zu zerschlagen.“ (Bensaid, S. 132-134)

Bensaid argumentiert konsequent weiter gegen die Position Holloway's: „Eine revolutionäre Krise in einem wichtigen Land hätte sofort eine internationale Dimension und würde Lösungen in

nationalen, kontinentalen und weltweiten Begriffen zu Fragen der Energie, der Ökologie, der Bewaffnung, der Migration etc. erfordern. Es wäre illusorisch zu glauben, man könne sich dieser Schwierigkeit entziehen, indem man die Frage der politischen Machtübernahme zugunsten einer Rhetorik der „Gegenmächte“ erledigt. Unter der Vorgabe, die Macht sei heutzutage deterritorialisiert und zerstreut, überall und nirgendwo. Die ökonomische und militärische Macht scheint zerstreuter als jemals zuvor, ist aber auch (und das ist kein Widerspruch) konzentrierter als jemals zuvor. Man kann vortäuschen, die Macht zu ignorieren; sie vergisst uns aber nicht. Man kann großmäulig behaupten, sie nicht übernehmen zu wollen; doch die Erfahrung hat bis zum heutigen Tage gezeigt, dass sie nicht zögert, uns zu übernehmen, und zwar auf die brutalste Art und Weise.“ (Bensaid, S. 152)

Am Schluss zeigt sich Bensaid in gewisser Weise versöhnlich:

„Die strategischen Kontroversen, die seit Anfang der achtziger Jahre verdrängt wurden, kommen heute wieder zum Vorschein, getragen von der Erneuerung der sozialen Bewegungen, von den Mobilisierungen gegen die kapitalistische Globalisierung und den imperialistischen Militarismus, durch das lebendige Bewusstsein der Dramatik der ökologischen und sozialen Krisen.

Diese Bewegung steht an einem Scheideweg. Sie muss und kann ein neues Stadium erreichen. Unter der Bedingung, sich in den massiven sozialen Auseinandersetzungen gegen die neue Welle der neoliberalen Gegenreformen zu verankern. Unter der Bedingung, sich klar und deutlich für die Einheit und die Pluralität der Bewegung und ihrer Debatten einzusetzen, ohne die sich die täglichen Kämpfe ohne strategische Perspektiven erschöpfen würden.

„Eine andere Welt ist möglich“? In diesem Versprechen bedeutet die unbestimmte Möglichkeit das Gegenteil der Unmöglichkeit. Um die abstrakte Möglichkeit in eine konkrete Möglichkeit zu verwandeln, muss ihr Inhalt bestimmt werden: „Eine andere *sozialistische* Welt ist möglich.“ (Bensaid, S. 167, 168)

Dieses Schluss-Statement von Bensaid aus dem Jahre 2003 ist im Jahre 2022 weiter gültig. Und - nach meiner festen Überzeugung hat die Zapatistische Bewegung - trotz der von ihr gewählten Selbstbeschränkung - einen hervorragenden und hoch notwendigen Platz in der gegenwärtigen Welt, die eine *Ökosozialistische Welt* werden sollte - werden muss. Zum Wesen der Zapatistischen Bewegung siehe auch die Ausführungen unter **Exkurs II Freihandel - allgemein** - und Fußnote 6) dieser Abhandlung.

Anmerkungen/Fußnoten

1)

Am 16. November 1989 wurden in El Salvador sechs Mitbrüder von Jon Sobrino aus der Jesuitenkommunität von einem Spezialkommando der salvadorianischen Armee grausam ermordet. Darunter der Rektor der Zentralamerikanischen Universität ((UCA) in San Salvador, Ignatio Ellacuria, SJ. Ignatio Ellacuria's Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden war den Herrschenden schon lange ein Dorn im Auge. Jon Sobrino überlebte diesen Anschlag nur, weil er zu diesem Zeitpunkt auf einer Auslandsreise war. Seit 1990 hat Jon Sobrino jeweils zum Todestag fiktive Briefe an seinen Mitbrüder und Freund Ignatio Ellacuria ('Ellacu') geschrieben.

Am 16. November 2014 hat der Befreiungstheologe Dr. Kuno Füssel in der Kirche des Hauses Wasserburg in Vallendar am Rhein (Rheinland-Pfalz) eine einfühlsame und bewegende Lesung - mit musikalischer Begleitung - zum Gedenken an und zur Ehre für die Ermordeten gehalten.

2)

Helmut Gollwitzer 1908 - 1993. Professor für Evang. Theologie an der FU Berlin.

„Die kapitalistische Revolution“, Helmut Gollwitzer, TVT Medienverlag, Tübingen 1998

Der Klappentext von Gollwitzer's Werk lautet:

„ „Der Kapitalismus ist die bisher größte Revolution in der Menschheitsgeschichte. An dieser Revolution wird die Menschheit zugrunde gehen, wenn es nicht gelingt, sie unter Kontrolle zu bringen.“

Diese Sätze sind die Quintessenz seines Referats zur Analyse der „kapitalistischen Revolution“, das Helmut Gollwitzer auf einer Sitzung der Marxismuskommission der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg am 27. - 29. September 1973 vorgetragen hat.

Es war 1973 ein sehr autonomer Ton, mit dem Helmut Gollwitzer auf den revolutionären Charakter des Kapitalismus aufmerksam machte. Heute kann sich niemand mehr über die brutalen Ergebnisse dieser Revolution Illusionen machen. “

Die Textstelle, auf die Bezug genommen wird, lautet:

„Wird also heute angesichts objektiv sichtbar werdender „Grenzen des Wachstums“ eine wirtschaftliche Wachstumsbeschränkung gefordert, so muß gesehen werden, daß dies eine das kapitalistische System aufhebende Forderung ist. Weil Wachstum „das charakteristischste Merkmal des Kapitalismus“ ist, ist es logisch, daß z.B. die FAZ in immer neuen Artikeln gegen die ganze Behauptung von solchen Grenzen polemisiert und dagegen die These stellt, nur unaufhörlich weiter wachsende Wirtschaft könne Umweltsanierung und Besiegung des Welthungers leisten. (...)“ (Die kapitalistische Revolution, Helmut Gollwitzer, S. 55)

3)

„Effizienzsteigerungen in energetischer und stofflicher Hinsicht würden (...) keine *wesentlichen* Veränderungen mit sich bringen bzw. würden trotz ihres Verringerungseffekts von Stoff- und Energieumsetzungen je produzierter Einheit nicht ausreichen, die naturschädigenden Folgen des kontinuierlichen Wachstums zu stoppen. Sie heben den naturdestruktiven Grundcharakter der kapitalistischen Ökonomie nicht auf und können daher (...) Naturraubbau und -zerstörungen bestenfalls verlangsamen. Das heißt, derartige Einsparungen und Steigerungen können zwar ökologisch sinnvoll sein, sie können aber nicht die Ursachen bzw. die Probleme des >Naturmissbrauchs< lösen. Ein Hoffen auf nicht endende technische Fortschritte, die die (Ver)Nutzungsdauer der Natur(stoffe) kontinuierlich und dermaßen ausweitet, dass Naturschonung und ökonomisches Wachstum zugleich möglich wird, ist m.E. nicht nur ein ideologisch gefärbter und kulturell getragener Ausdruck einer Technologiegläubigkeit, sondern auch Ausdruck zunehmend technikabhängiger und entmachteter Subjekte gegenüber der zunehmend >versachlichten Macht< technischer Objekte.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 201, 202)

4)

„Die Entwicklung der Produktivkraft erfordert somit verstärkt materielle Vorgaben bzw. bedingt ausreichend vorgeschossenes konstantes Kapital, um die kombinierten Prozesse vieler Arbeitskräfte und vor allem vieler stofflicher Produktionsmittel ermöglichen zu können. Mit anderen Worten: Der Zwang die Produktivkraftsteigerung zur Mehrwertbildung weiterführen zu müssen, erfordert die Investition von immer mehr Kapital, welches in die tendenziell schneller werdende Zirkulation >geworfen< wird. Der damit verbundene steigende Einsatz von Stoffen für Maschinen, Werkzeuge u.v.m. ermöglicht und erfordert zugleich den vermehrten Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen, die in die Produktionsprozesse eingehen, um dann einerseits als Waren, andererseits als Schadstoffe aus ihnen auszuscheiden. (...) Die gestiegene Produktivität führt also

dazu, dass ein größeres Quantum an Rohstoffen nötig ist, um dasselbe Quantum Arbeit zu absorbieren. So erfordert die Produktivkraftherhöhung eine Zunahme der Arbeitsmittel *und* -gegenstände, sodass mit dem Bestreben, den Mehrwert zu erhöhen, das stoffliche Quantum an Produktionsmitteln steigen muss.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 139, 140)

Zum Verständnis:

„Die Produktivkraftherhöhung hatte bisher das Ziel, je Zeiteinheit soviel Menge bzw. Werte wie möglich zu produzieren, was einem quantitativistischen Produktivkraftverständnis gleichkommt. Entfernte man auch hier die diesem Verständnis auferlegte >Schablone< der Mehrwertmaximierung, könnten Produktivkraftsteigerungen in einer entwerteten Ökonomie darauf abzielen, nicht wie bisher die Warenausstoßmenge zu steigern, sondern die Produktivkraftherhöhung könnte - auf der Grundlage einer gedeckelten Produktmenge - der Senkung der Arbeitszeit dienen. Und würden als Maßstab statt maximaler Output Bedürfnisse z.B. nach Freizeit, Muße, verbesserten Arbeitsbedingungen oder anderen Qualitäten herangezogen werden, würde sich der Charakter der Produktivkraft, der bisher keine Selbstbeschränkung kennt, wesentlich ändern können. Insbesondere eine derart motivierte Begrenzung der Produktionszeit könnte zur Verringerung der Produktmengen und demzufolge zu geringeren Stoffverbräuchen und geringerer Schadstoffproduktion führen. Ermöglicht durch dieses nun >qualitative Produktivkraftverständnis< könnte die Natur entlastet werden und die sinkende Arbeitszeit würde komplementär die Zeit zur >freien Verfügung< vermehren, was m.E. eine bedeutende Grundlage eines Wertewandels sein kann.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 205, 206)

5)

„Während hierbei auf unternehmensinterner Ebene i.d.R. ein sparsamer bzw. kostensenkender Umgang mit *den* Materialien praktiziert werden soll, die Kosten verursachen, existiert auf gesamtwirtschaftlicher Ebene aufgrund von Konkurrenzverhältnissen ein Nebeneinander von nahezu identischen Prozessen der Produktion, der Planung, der Verteilung u.v.a., was dazu führt, dass mehr Ressourcen unterschiedlichster Art verbraucht werden, als für eine Deckung von gesellschaftlichen Bedarfen oder der Befriedigung der (zahlungsfähigen) Nachfrage erforderlich wäre. Folgen dieses ungeplanten, konkurrenzstrukturierten Marktprinzips, das oftmals eine Vorabproduktion in teils (über)großen Ausmaßen erfordert, ist gebundenes Kapital, z.B. in Form von Automobilhalben oder einer Vielzahl weiterer Waren, die nicht verkauft werden können. Konkurrenzverhältnisse unter Kapitalakteur_innen forcieren so Stoffverbräuche und -umwandlungen.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 138)

6)

Die zapatistische Bewegung hat in einem geografisch, sozial und politisch widrigen Umfeld eine handlungsfähige demokratische Alternative etabliert, die auf einer festen Werteordnung basiert. Ihre Konsequenz, Kreativität und nicht zuletzt der von den Zapatist*innen verfolgte Ansatz hat sie bis heute zu einem Vorbild für nationale und internationale emanzipatorische Bewegungen gemacht. Sie wurde durch ihre Politik des Zuhörens und Teil-haben-Lassens zu einer anbindungsfähigen politischen Alternative. Unter der Schirmherrschaft der Zapatist*innen trafen wiederholt Tausende Vertreter*innen der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft zusammen. Zuletzt organisierten alle zapatistischen Zonen die >Kleine Zapatistische Schule< und später ein kapitalismuskritisches Forum. Die EZLN wurde nicht zu einer Avantgarde. Sie lehnte eine solche Stellung ab gegen ihre Grundsätze verstoßende Kategorisierung von Deutungseinfluss ab. Ihre Inhalte sollten von der *Base de Apoyo Zapatista* und der Zivilgesellschaft vorgegeben werden. (...) Der große Unterschied zu vielen anderen sozialen Bewegungen sticht deutlich hervor: Die Zapatist*innen nutzen ihren Einfluss nicht dafür, konkrete Inhalte zu platzieren. Vielmehr stellen sie den Rahmen

zur Verfügung, innerhalb dessen sich die politische Gemeinschaft ausbildet. Sie sehen ihre Aufgabe darin, die „Gesellschaft zu organisieren“, damit diese selbstbestimmt Entscheidungen „in einem freien und demokratischen Raum“ treffen kann.“ (Schuster, 2017, S. 205)

(Erläuterung zu *Base de Apoyo Zapatista*:

„Wir, die *Base de Apoyo Zapatista*, sind die Töchter und Söhne indigener Völker, der wahren Vorfahren der mexikanischen Nation. (...)“

„In Erkenntnis dessen, dass wir als indigene Völker seit über 500 Jahren gegen systematische Diskriminierung, Marginalisierung, Unterdrückung und Ausgrenzung kämpfen, die das Ziel einer Politik des Kolonialismus, Liberalismus und des >Kapitalismus der neoliberalen Globalisation< waren; und dass dies eine Politik war, die uns und unsere Indigenität weder respektierte noch anerkannte und uns deshalb mangels gerechter politischer Teilhabe zu >Excluidos< machte, sind wir der Überzeugung, dass die indigenen Völker Mexikos unter einer rechtlichen Ordnung litten, deren „Ideal (...) in der Vergangenheit die Homogenisierung und Assimilierung der Kultur“ war.“ (Schuster, 2017, S. 42, 43)

7)

„Rufen wir uns zumindest eine der Stimmen, die wir gehört haben, in Erinnerung: „Holzhändler, Viehzüchter und weitere andere beschädigen uns. Wir werden von wirtschaftlichen Akteuren bedroht, die ein in unseren Territorien fremdes Wirtschaftsmodell durchsetzen. Die Holzindustrie dringt in das Gebiet ein, um den Wald auszubeuten, wir schützen den Wald für unsere Kinder, hier haben wir Fleisch, Fisch, pflanzliche Heilmittel, Obstbäume (...) Der Bau von Wasserkraftwerken und das Projekt von Wasserstraßen haben Auswirkungen auf den Fluss und das Land (...) Wir sind eine Region geraubter Gebiete.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 11 / 2020)

„ (...) „ ... Die Erde blutet und ist am Ausbluten, die multinationalen Konzerne haben die Adern unserer Mutter Erde aufgeschnitten.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 42)

„Es genügt nicht, sich um die Arten zu kümmern, welche am sichtbarsten vom Aussterben bedroht sind. Es ist entscheidend zu beachten: „Für das gute Funktionieren des Ökosystems sind auch die Pilze, die Algen, die Würmer, die Insekten, die Reptilien und die unzählige Vielfalt von Mikroorganismen notwendig. Einige zahlenmäßig geringe Arten, die gewöhnlich unbemerkt bleiben, spielen eine grundlegend entscheidende Rolle, um das Gleichgewicht eines Ortes zu stabilisieren.“ Dies wird in der Bewertung des Umwelteinflusses der wirtschaftlichen Projekte der mineralgewinnenden, der Energie- und Holzindustrie sowie anderer Industrien, die zerstören und verschmutzen, einfach übersehen. Das reichlich in Amazonien vorhandene Wasser ist überdies ein wesentliches Gut für das menschliche Überleben, aber die Quellen der Verschmutzung sind in beständigem Wachstum.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 49)

„Über die wirtschaftlichen Interessen von lokalen Unternehmern und Politikern hinaus gibt es in Wirklichkeit auch „die enormen internationalen wirtschaftlichen Interessen.“ Die Lösung findet sich in diesem Fall nicht in einer „Internationalisierung“ Amazoniens, vielmehr wird die Verantwortung der nationalen Regierungen schwerwiegender. Aus eben diesem Grund ist „die Aufgabenstellung von internationalen Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft aner kennenswert, welche die Bevölkerungen sensibilisieren und kritisch mitwirken - auch unter Einsatz legitimer Druckmittel -, damit jede Regierung ihre eigene und nicht delegierbare Pflicht erfüllt, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ihres Landes zu bewahren, ohne sich an unehrliche lokale oder internationale Interessen zu verkaufen.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 50)

„Die Mächtigsten geben sich niemals mit dem Profit, den sie erzielen, zufrieden, und die Ressourcen der wirtschaftlichen Macht wachsen mit der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung. Daher sollten wir alle auf der Dringlichkeit beharren, „ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet, bevor die neuen Formen der Macht, die sich von dem techno-ökonomischen Paradigma herleiten, schließlich nicht nur die Politik zerstören, sondern sogar die Freiheit und die Gerechtigkeit.“ “

(Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 52)

8)

„Den nationalen oder internationalen Unternehmen, die Amazonien Schaden zufügen und das Recht der ursprünglichen Völker auf ihr Gebiet und seine Grenzen, auf Selbstbestimmung und vorherige Zustimmung nicht achten, muss man den Namen geben, der ihnen gebührt: *Ungerechtigkeit und Verbrechen*. Wenn sich einige Unternehmen in der Begierde nach schnellem Gewinn die Gebiete aneignen und am Ende sogar das Trinkwasser privatisieren, oder wenn der Holzindustrie und Projekten zum Bergbau oder zur Erdölförderung sowie anderen Unternehmungen, welche die Wälder zerstören und die Umwelt verschmutzen, seitens der Behörden grünes Licht gegeben wird, dann verändern sich die wirtschaftlichen Beziehungen auf ungerechtfertigte Weise und werden zu einem Instrument, das tötet. Gewöhnlich wird auf Mittelbar jeder Ethik zurückgegriffen. Dazu gehören Sanktionen gegen Proteste und sogar die Ermordung der Indigenen, die sich den Projekten entgegenstellen, die Brandstiftung in den Wäldern oder die Bestechung von Politikern und Indigenen selbst. Dies wird von schweren Menschenrechtsverletzungen und von neuen Arten der Sklaverei vor allem gegenüber den Frauen begleitet wie auch von der Plage des Rauschgifthandels, der die Indigenen zu unterwerfen sucht, oder vom Menschenhandel, der die aus ihrem kulturellen Umfeld Vertriebenen ausnutzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Globalisierung zu einer „neue(n) Form des Kolonialismus“ wird.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 14)

9)

„Die Realisierung einer Ökonomie, die nicht von einer Wachstumslogik getragen ist, setzt eine *Ökonomie ohne Kapital* voraus, da das Wesen des Kapitals sein Streben nach Maßlosigkeit ist und somit die natürlichen Grenzen der Naturbelastbarkeit und Ressourcenverfügbarkeit ignorieren muss. (...) Mit diesem Abschied von der kapitalistischen Ökonomie wäre einerseits eine - bis zu einer näher zu bestimmenden Bedarfsdeckungs- menge - schrumpfende und nachhaltige Ökonomie in den ökonomisch hoch- bzw. überentwickelten Regionen, andererseits eine bis zu dieser Menge wachsende Ökonomie in den bisher ökonomisch unterentwickelten Regionen ökologisch und sozial erforderlich. Dies allerdings bei einer *insgesamt absoluten* Reduktion der ökonomischen Aktivitäten, die mit dem Ausstoß von Schadstoffen und Verbräuchen verbunden sind (...). So entstünde eine Gebrauchswertökonomie auf der Grundlage einer Bedarfsdeckungslogik mit zunächst degressivem Charakter, in der nicht wie in einem verwertungslogischen System ein zu erwartender Profit Warenproduktion nach sich zieht, sondern Bedürfnisse *primärer* Grund zur Produktion von Gebrauchswerten sind. (...) Der Tanz um das kalbende Gold wäre beendet.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 203, 204, 205)

Vervollständigendes Literaturverzeichnis

Acosta, Alberto, Buen Vivir Vom Recht auf ein gutes Leben, oekom verlag, München, 2015

Bensaid, Daniel, Eine Welt zu verändern - Bewegungen und Strategien, UNRAST-Verlag, Münster, März 2006

Boer, Dick, Erlösung aus der Sklaverei - Versuch einer biblischen Theologie im Dienst der Befreiung, Edition ITP-Kompass, Band 8, Münster 2008, Books on Demand GmbH, Norderstedt

Boff, Leonardo, Zukunft für Mutter Erde. Warum wir als Krone der Schöpfung abdanken müssen, München 2012 (zitiert in Kern, Bruno, 2013)

Boff, Leonardo, in micha.links, Heft 2, 2015

Cardoso, Nancy, in „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“ - Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx, VSA-Verlag/In Kooperation mit Edition ITP Kompass/Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018, S. 218 - 230

Eagleton, Terry, Warum Marx recht hat, Ullstein, 2012

Engert, Klaus, Ökosozialismus - das geht!, Neuer ISP Verlag, Köln, 2010

Foster, John Bellamy/Magdoff, Fred, Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss, laika diskurs, LAIKA-Verlag, Hamburg, 2012

Fülberth, Georg, G Strich Kleine Geschichte des Kapitalismus, PapyRossa Verlag, 4. Auflage 2008

Harvey, David, Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln (Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden), VSA-Verlag, 2014

Hessel, Stéphane, Empört Euch!, Ullstein, 2. Auflage 2011

Karathanassis, Athanasios, Kapitalistische Naturverhältnisse Ursachen von Naturzerstörungen - Begründungen einer Postwachstumsökonomie, VSA-Verlag, 2015

Kern, Bruno, *Theologie der Befreiung*, A. Francke Verlag/UTB, 2013

Kern, Bruno, *Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen* *Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen*
www.postwachstumsoekonomie.de/...05-09_Kern-Oekosozialismus_PDF-Datei/
Mainz, 7. Mai 2012, Bruno Kern
und
Initiative Ökosozialismus oekosozialismus.net / Publikationen / Weitere
Publikationen: Deutsch / Thesenpapier:
Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen

Kern, Bruno, in *micha.links*, Heft 2, 2015

Kurz, Robert, *Schwarzbuch Kapitalismus Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Verlag Eichborn, 1999

Meves, Helge, in „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“ - Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx, VSA-Verlag/In Kooperation mit Edition ITP Kompass/Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018, S. 158 – 169

Miranda, José Porfirio, *Der Kommunismus der Bibel*, Edition ITP Kompass, Band 14, Münster 2014, Books on Demand

Montalbán, Manuel Vázquez, *Marcos Herr der Spiegel*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, Aktualisierte Taschenbuchausgabe 2001

Papst Franziskus, *Laudato si Über die Sorge für das gemeinsame Haus (Umwelt-Enzyklika)*, Verlag Herder, 2015

Papst Franziskus, *Evangelii gaudium Die Freude des Evangeliums*, Verlag Herder, 2013

Papst Franziskus, *QUERIDA AMAZONIA (Geliebtes Amazonien) - Nachsynodales Apostolisches Schreiben - 2. Februar 2020*

Papst Franziskus, zitiert in *micha.links*, Heft 2/2015, S. 2 (EDITORIAL)

Pinzler, Petra, *DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien*, Verlag rowohlt POLARIS, 2015

Sanders, Bernie, UNSERE REVOLUTION WIR BRAUCHEN EINE GERECHTE GESELLSCHAFT, Verlag Büchergilde Gutenberg (Mit Genehmigung der Ullstein Buchverlage GmbH), 2017

Sarkar, Saral, Die Krisen des Kapitalismus - Eine andere Studie der politischen Ökonomie, AG SPAK Bücher, 2010

Schuster, Simon, Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung, UNRAST-Verlag, Münster, März 2017

Segbers, Franz, in micha.links, Heft 2, 2015

Sobrinho, Jon, Der Preis der Gerechtigkeit - Briefe an einen ermordeten Freund, - IGNATIANISCHE IMPULSE - Echter Verlag GmbH, Würzburg, 2007

Thie, Hans, Rotes Grün - Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft -, VSA-Verlag, 2013

Veerkamp, Ton, Die Welt anders - Politische Geschichte der Großen Erzählung, Argument-Verlag 2013 (Argument / Inkrit)

Weizsäcker, von Ernst Ulrich / Wijkman, Anders, WIR SIND DRAN Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen, Pantheon Verlag, 2019

Ziegler, Jean, Ändere die Welt!, Verlag C. Bertelsmann, 2015